Nummer 46 Berlin, 13. November 1908 20. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Inhalt:

Sozialpolitische Reaktionäre. — Gewaltpolitik der Textilbarone. — Wie in den Kreisen der Textilfabrikanten geschwelgt wird. — Wie sieht es in der deutschen Leinenindustrie aus? — Ein Unternehmer über die Ungerechtigkeiten beim Fehlerstrafen in den Webereien. — Ein Verdammungsurteil der „Gelben" aus Unternehmermunde. — Friedensschluß in der Lancashirer Baumwollindustrie. — Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907. (I.) — Erste deutsche Strickerkonferenz. — Glatz. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Politische Nachrichten. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau. — Wirtschaftliche Rundschau.

Sozialpolitische Reaktionäre.

Das Unternehmertum in der Textilindustrie Deutschlands läßt in sozialer Hinsicht an Rückständigkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Wir haben dafür schon früher zahlreiche Beweise angeführt, und erinnern nur an die reaktionäre Stellung der Textilindustriellen gegenüber der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, sowie gegenüber der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt. Wir erinnern ferner an den Prozeß der Firma Gebauer in Charlottenburg, sowie an das brutale Vorgehen einer großen Anzahl süddeutscher Textilindustrieller, die viele Jahre bei ihnen beschäftigt gewesene Arbeiter nur deshalb brutal auf die Straße warfen, weil sie in den Betriebskrankenkassen mit der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter etwas, nur etwas Ernst machen wollten.

Jetzt liegen nun wieder einige Beweise für diese soziale Rückständigkeit vor, die wir unseren Lesern zur Kenntnis bringen müssen. In Berlin tagte schon vor der Eröffnung des Reichstages die Kommission zur Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungsnovelle. Das brachte unsere Textilmagnaten auf die Beine. Die deutschen Tuch- und Wollwarenfabrikanten strömten in Berlin zusammen, um während der Tagung der Gewerbeordnungskommission, die am 28. Oktober d. J. besonders über die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter beriet, **gegen jede Verbesserung der Arbeiterschutzbestimmungen zu protestieren.** Sie faßten zwei Resolutionen, die so recht zeigen, daß sie gar nicht daran denken, ihren Arbeitern und Angestellten auch nur in etwas entgegen zu kommen. Die Herren erklärten, daß sie „die Einleitung der Versicherungsreform zurzeit nicht als eine dringliche Aufgabe der Reichsgesetzgebung betrachten" könnten, daß sie gegen die Zusammenlegung der Arbeiterversicherungszweige seien, aber, „um die Mißstände im Krankenkassenwesen zu beseitigen", seien sie eventuell für die Halbierung der Krankenkassenbeiträge, wenn die Unternehmer die Hälfte der Vorstandsmitglieder stellen dürften. Für die Witwen- und Waisenversicherung und die Privatbeamtenversicherung halten die Herren ebenfalls den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, weil — es ihnen Geld kostet, auch protestieren sie gegen die Einführung der Arbeitskammern, da die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften dort zuviel Einfluß erlangen könnten.

Es ist das alte Lied: für die Arbeiter ist allemal nichts übrig. Dafür wollen aber unsere Textilprotzen umsomehr von den Arbeitern haben. Die Ausbeutung der Arbeiter soll erleichtert werden. Die paar Bestimmungen, welche die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft unserer Arbeiterinnen wenigstens einigermaßen einengten, sollen nach dem Verlangen unserer Textilbarone wegfallen. Rückwärts, immer rückwärts! das ist bei unseren Textilbaronen in der Sozialpolitik die Parole. Und der Textilindustrielle Kommerzienrat Bahn, der Reichstagsabgeordnete der beiden großen Textilindustriekreise Sorau-Forst, gab sich in jener Gewerbeordnungskommission die redlichste Mühe, dieser Parole gerecht zu werden. Ganz besonders legte er sich ins Zeug bei der Frage der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden. Davon will er nichts wissen; obzwar heute notorisch feststeht, daß die bisherige elfstündige Arbeitszeit die gegenwärtigen schlimmen Zustände in der Textilindustrie bedeutend verschärft hat. Die elfstündige Schinderei soll beibehalten werden, obzwar gerade in Forst, jener Stadt, die Herr Bahn im Reichstage vertritt, die Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern mit am größten von allen Orten in Deutschland ist. Besonders drastisch trat aber das Bemühen des Sachwalters der rückständigen und arbeiterfeindlichen Interessen der Textilbarone zu Tage bei der Beratung der Ausnahmebestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen für den Fall der Arbeitsüberhäufung. Dazu beantragten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, die sechzig Tage, an denen nach der Regierungsvorlage eine Ueberschreitung der Arbeitszeit zulässig sein soll, auf dreißig, eventuell auf vierzig Tage zu beschränken. Herr Bahn aber kam und forderte mit Rücksicht auf die Textilindustrie nicht nur die Ueberschreitung der Arbeitszeit an sechzig Tagen, sondern er forderte diese Ueberschreitung mit der Maßgabe, **daß es nicht mehr nötig sein solle, bei der beabsichtigten Ueberschreitung der Arbeitszeit vorher um die Genehmigung zur Ueberschreitung bei der Polizei nachzusuchen,** sondern daß man es einfach jedem Unternehmer überlassen solle, ganz nach seinem Bedürfnis die Arbeitszeit frei zu überschreiten und erst nachher der Behörde Anzeige davon zu machen. Wie harmlos sich doch unsere Unternehmer geben und wie bescheiden sie im Nehmen sind. Schon heute hören die Klagen nicht auf, daß sich die Unternehmer nicht an die Arbeiterinnenschutzbestimmungen halten, sondern die Arbeitszeit nach Belieben überschreiten, ohne Rücksicht auf die Zahl der Tage, an denen die Ueberschreitung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Wir könnten hierüber ein umfangreiches Beweisregister aus den allerletzten Jahren anführen, wenn es nötig wäre und die Spatzen es nicht von den Dächern pfiffen. Also das, was die Unternehmer durch den Antrag Bahn erreichen wollen, das besteht eigentlich heute schon zum größten Teil; es kennzeichnet aber die ungeheure Rückständigkeit des allerneuesten sozialpolitischen Kurses, daß das Unternehmertum die bisherigen Gesetzesübertretungen für die Zukunft gesetzlich sanktioniert haben will.

Die Dreistigkeit des Unternehmertums in Bezug auf die Durchsetzung seiner arbeiterfeindlichen Pläne zeigt aber den Arbeitern, wessen sie sich von den Unternehmern zu versehen haben. Da klagen die Herrschaften über Mangel an Geld zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetze. **Aber um für ihre sozialpolitische Rückständigkeit zu demonstrieren, um sich in Berlin ein reaktionäres Stelldichein zu geben, dazu ist Geld vorhanden.** Natürlich ist das ganze Lamento über die angeblich schweren Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung nur verlogenes Geschwätz. Aber dieses verlogene Geschwätz ist auch das deutlichste Zeichen dafür, daß die Arbeiter von dem Unternehmertum in Bezug auf Verbesserung ihrer sozialen Lage nichts, **rein gar nichts** gutes, dafür aber umsomehr schlechtes zu erwarten haben. Gegen diese reaktionären Absichten können sich die Arbeiter nur schützen, wenn sie Organisationen schaffen, die jederzeit das erzwingen können, was ihnen der Ausbeutungstrieb der Unternehmer auf dem Wege der Gesetzgebung vorzuenthalten sucht.

Gewaltpolitik der Textilbarone.

Täglich schreiben sich die Soldschreiber des Kapitalismus ihre schmutzigen Finger wund, um die Arbeiterbewegung einer terroristischen Politik zu verdächtigen und um die Polizei- und Staatsgewalt auf Grund des berüchtigten Erpressungsparagraphen gegen die organisierten Arbeiter zu mobilisieren, aber davon schweigen sie natürlich, **daß der unerhörteste Terrorismus von unserem Unternehmertum getrieben wird und daß man in jenen Kreisen mit den Existenzen der Arbeiter spielt, als seien es Gummibälle.** Wenn hier und da einmal ein streikender Arbeiter einen Streikbrecher scheel ansah, oder ihn in berechtigter Empörung darüber, daß der Streikbrecher ihm und seiner Familie die so dringend nötige Verbesserung der Lebenshaltung unmöglich machte, mit einigen Worten anredete, die nicht „Knigges Umgang mit Menschen" entnommen waren, so machte das ja vielleicht, betrachtet vom Standpunkt der Unternehmerinteressen aus, bei den Scharfmachern ein Staatsverbrechen sein, aber betrachtet vom Standpunkt des menschlichen Gefühls aus, vom Standpunkt des Gefühls, von dem sich Unternehmer leiten lassen, wenn sie ihre Interessen gegenüber den Arbeitern wahrnehmen, war es eine Harmlosigkeit, die, wenn ihre Aufbauschung nicht den Knechtungsinteressen der Ausbeuter dienen sollte, tatsächlich nicht die Druckerschwärze wert war, die man wegen ihr verwendete. Denn in der Tat, wenn man sich die Fälle von Terrorismus vergegenwärtigt, welche das Unternehmertum kalten Herzens durch das System der schwarzen Listen täglich produziert, so sieht man erst, **wie moralisch verlogen** die Unternehmersippe ist. Dieselben Leute, die sich über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter moralisch entrüsten und nach Polizei und Staatsanwalt rufen, wenn die streikenden Arbeiter in begreiflicher Erregung einmal gegenüber einem Streikbrecher ein scharfes Wort gebrauchen, eine Handlung, durch welche die Existenz des streikbrechenden Arbeiters nicht im geringsten bedroht wird — diese selbigen Leute gehen vielleicht in demselben Augenblick daran, durch Aufstellung einer Liste, in welche Arbeiter verzeichnet werden, deren Arbeitskraft überall boykottiert werden soll, einen Terrorismus zur Ausführung zu bringen, **durch den die Existenz vieler Arbeiterfamilien in die Gefahr der Vernichtung gebracht wird.** Wir haben bis jetzt aber noch nicht gehört, daß einmal ein Staatsanwalt aufgetreten wäre, der diesen, alle Merkmale der Erpressung tragenden Unternehmerterrorismus zum Anlaß einer Strafverfolgung genommen hätte. Da ist es denn kein Wunder, wenn dieser Unternehmerterrorismus immer üppiger ins Kraut schießt und auch unsere Textilbarone dieses Mittel zur Durchführung ihrer Gewaltpolitik gegen die organisierten Arbeiter anwenden. Unsere Textilbarone, das weiß die Arbeiterschaft schon längst, die waren in der Wahl der Mittel zur Niederwerfung der Arbeiter niemals besonders wählerisch. Insbesondere fragten sie nicht danach, was aus den Opfern ihrer Gewaltpolitik werde; wenn ihnen das Mittel Erfolg versprach, **so wurde es angewandt, ganz gleichgültig, ob die Arbeiter mit ihren Familien dem Untergang entgegengingen oder nicht.** Rücksichten auf seine Nebenmenschen, soweit diese Arbeiter sind, kennt das Unternehmertum in der deutschen Textilindustrie nicht, dafür legt die grausame Aussperrungspolitik ein sehr beredtes Zeugnis ab. Aber war das Unternehmertum der Textilindustrie bisher grausam, wenn es mit den Arbeitern im Kampfe stand, so mehren sich in letzter Zeit die Zeichen dafür, daß nun auch der friedfertigste Arbeiter von dieser Grausamkeit nicht mehr verschont wird, sobald er von seinem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch macht und sich seiner Berufsorganisation zur Wahrnehmung seiner Interessen anschließt. Die letzten Tage haben uns nach dieser Richtung hin wieder einen vollgültigen Beweis gebracht. Neben anderem uns zugegangenen Material, welches wir später einmal veröffentlichen werden, ist es diesmal besonders das Unternehmertum in Hof, welches den Beweis lieferte.

Die organisierten Textilarbeiter in Hof waren schon längst der Ueberzeugung, daß ihre Unternehmer mit schwarzen Listen gegen sie wüten. Jetzt haben sie den gerichtlichen Beweis dafür erhalten. Und das kam so. Eins unserer Mitglieder, welches in Erfahrung gebracht hatte, daß es auf der schwarzen Liste stand und boykottiert wurde, veranlaßte das Hofer Arbeitersekretariat folgende Klage beim Amtsgericht Hof zu stellen:

„Klage des Webers Christian Schmidt, z. Zt. in Naila, Kläger, vertreten durch Arbeitersekretär Arthur Mähr in Hof, wider die Firma Adolf Rößle, mech. Weberei, Inhaber Rudolf Geier, hier, Unterkotzauerweg Nr. 2, Beklagter, **auf Entschädigung wegen Existenzlosmachung durch sogenannte schwarze Listen.** Zur Sache: Im Betrieb des Beklagten, bei dem ich längere Zeit in Arbeit stand, erhielt ich ohne jeden Grund am Dienstag, den 28. Juli, meine Entlassung. Trotz eifrigen Suchens konnte ich in einer anderen Weberei keine Arbeit finden, trotzdem fortgesetzt, wenn auch in schwacher Anzahl, Neueinstellungen vorgenommen wurden. Dasselbe Schicksal hatten auch einige Kollegen, und bezeichnenderweise gerade solche, die, wie ich, im Textilarbeiterverband organisiert und als Funktionäre desselben bekannt waren. Unorganisierte, namentlich von auswärts Zugereiste, wurden eingestellt. Das war uns sehr auffällig, aber es wurde uns erklärlich, als wir durch den Obermeister einer hiesigen Weberei erfuhren, daß die hiesigen Textilindustriellen untereinander schwarze Listen austauschen, auf denen diejenigen verzeichnet waren, die wegen ihrer Verbandstätigkeit nicht eingestellt werden sollten. Bald sollte ich den Beweis erhalten, daß auch mein Name auf einer solchen Liste stand. Am 5. August erfuhr ich, daß die Firma Münch u. Co. Arbeiter einstelle und begab mich deshalb am 6. August früh 7 Uhr dorthin, in die Abteilung Allee. Zu meiner Freude wurde mir auch vom Meister Wilfert sofort Arbeit zugesagt, ich solle nur den Obermeister Werner im Hauptgeschäft von meiner Annahme verständigen. Sofort ging ich zu diesem, der die Einstellung auch guthieß, und mir auftrug, meine Invalidenkarte dem Portier abzugeben und mit einem von diesem zu empfangenden Schein zum Arzt zur Untersuchung zu gehen. Ich begab mich zum Portier und gab meine Karte ab, worauf dieser ins Kontor ging, den Untersuchungsschein zu holen. Nach wenigen Minuten kehrte er zurück und sagte wörtlich: **„Sie sind von der Firma Rößle gemeldet,** und es tut dem Herrn Direktor leid, **er kann Sie nicht einstellen!"** Sofort sagte ich zu dem Portier: „Behalten Sie diese Worte im Gedächtnis." Nach kurzem Besinnen setzte ich hinzu: „Melden Sie mich gleich beim Direktor, ich will Aufklärung haben." Der Portier ging, und kehrte zurück mit der Mitteilung: „Der Herr Direktor ist für Sie nicht zu sprechen." Nochmals machte ich den Portier auf seine Worte aufmerksam.

Dies der erste Beweis, daß ich von der Firma Rößle auf die schwarze Liste gesetzt bin.

Bald sollte ich auch den zweiten erhalten.

Am Dienstag, den 11. August, erfuhr ich, daß bei Laubmann u. Peetz Stühle frei seien. Um 6 Uhr früh des anderen Tages war ich dort am Fabriktor, um Arbeit nachfragend. Der Portier erklärte mir, ich solle um ½9 Uhr wiederkommen. Ich folgte dieser Anweisung und fand mich zur bestimmten Zeit wieder ein. Im Portierhäuschen mußte ich einige Zeit warten, dann kam Fabrikbesitzer Laubmann selbst, der mir auf mein Ansuchen sofort Arbeit zusagte. Er gab mir den üblichen Zettel zwecks Untersuchung beim Arzt und begab ich mich sofort zu diesem Mittags ½2 Uhr meldete ich mich zur Arbeitsaufnahme und wurde von seiten eines Meisters an freie Stühle geführt, wo ich bis gegen 5 Uhr arbeitete. Um diese Zeit kam der Meister und erklärte mir zu meinem Erstaunen: „Herr Laubmann hat Sie versehentlich eingestellt, die Stühle waren schon anderweit vergeben, und Sie müssen sich wo anders Arbeit suchen, vielleicht können Sie in einiger Zeit wieder bei uns anfangen. Für die Arbeit werden wir Ihnen 2 Mark geben." Diese in Textilbetrieben ungewohnte Noblesse war mir besonders auffällig und ich sagte: „Wenn ich doch Aussicht habe in einiger Zeit wieder anzukommen, und ich kann doch nach Lage der Sache darauf rechnen, als einer der ersten bei weiterem Bedarf an Arbeitskräften eingestellt zu werden, so lasse ich das Geld stehen, eventuell verlange ich überhaupt nichts." Darauf ging der Meister ins Kontor. Als er wiederkam, brachte er 2 Mk. mit und meine Invalidenkarte und sagte: „Herr Laubmann wünsche, daß ich gleich gehe." Da mein tatsächlicher Verdienst höchstens 80 Pf. betrug, erklärte ich mich bereit, bis 6 Uhr zu arbeiten. Unter gewöhnlichen Verhältnissen wäre das ganz selbstverständlich gewesen, und wenn schon 2 Mk. bezahlt worden wären, woran aber gar nicht zu denken ist, nicht nur angenommen, sondern direkt verlangt worden. **Weil man aber inzwischen meinen Namen auf der schwarzen Liste gefunden hatte, mußte ich unter so fadenscheinigen Gründen nicht nur wieder aufhören, sondern sofort wie ein Pestverdächtiger den Betrieb wieder verlassen!**

Ein Kollege, dem kein Stuhl versprochen war, und der gleich nach meinem Weggehen um Arbeit fragte, wurde eingestellt, trotzdem doch angeblich die Stühle anderweit versprochen waren! Dieser ist aber auch nur ein stilles Mitglied des Verbandes und kein Funktionär!

Diese ganzen Vorgänge lassen gar keine andere Erklärung zu, als daß ich, ebenso wie eine Anzahl anderer Kollegen, auf die schwarze Liste gesetzt bin, und wie der eingangs erwähnte Portier auch richtig sagte:

von der Firma Rößle.

Daß schwarze Listen existieren, unterliegt keinem Zweifel. Eine namhaft zu machende Arbeiterin sah im Portierhäuschen der Vogtl. Spinnerei eine Liste liegen, die die Namen einer Anzahl Arbeiter enthielt. Neben dem Namen eines ihr bekannten Arbeiters stand auch: **Nicht einstellen!** und sie wußte, daß dieser sich gleichfalls wiederholt vergeblich um Arbeit umgesehen hatte. Der eingangs erwähnte Obermeister bestätigte uns auf spezielle Anfrage wiederholt, daß meine so sonderbaren Entlassungen bezw. Nichteinstellungen **lediglich auf das System der schwarzen Listen** zurückzuführen seien, und **ich und einige weitere Kollegen** zunächst **gar keine Aussicht** hätten, hier Arbeit zu erhalten. Das wird **bestätigt dadurch,** daß **meine Kollegen Wölfel und Dietl jetzt 20 bezw. 26 Wochen arbeitslos sind,** während andere, namentlich unorganisierte Arbeiter wiederholt eingestellt sind. Damit dürfte das Bestehen **schwarzer Listen zweifelsfrei dargetan sein. Für mich hatte das**

zur Folge, daß ich 6 Wochen arbeitslos wurde. Mein Durchschnittsverdienst hatte pro Woche 20 Mk. betragen, und war ich somit um sechsmal 20 Mk. geschädigt, mußte auch Hof verlassen, um überhaupt Arbeit zu erhalten.

Diese mir zugefügte Schädigung ist ein schwerer moralischer, aber auch rechtlicher Verstoß gegen die guten Sitten und rechtfertigt eine Forderung auf Schadenersatz gemäß §§ 823 und 826 Bürgerliches Gesetzbuch.

Mein Antrag geht nun dahin: Königl. Amtsgericht wolle erkennen,

1. Beklagter ist schuldig, an mich den Betrag von 120 Mk. Schadenersatz zu zahlen;
2. die Kosten des Rechtsstreites zu tragen;
3. das Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites lade ich Beklagten vor das Prozeßgericht zu einem von diesem zu bestimmenden Termin. Christian Schmidt."

Am 27. Oktober cr. sollte nun vor dem Amtsgericht Hof über diese Klagesache verhandelt werden, dazu kam es aber nicht. Nach Aufruf der Sache erklärte Herr Rechtsanwalt Huß, als Vertreter des Beklagten: „Ohne die Berechtigung der Klage und die Verpflichtung zum Bezahlen anzuerkennen, **unterwerfe sich Herr Geier dem Klageanspruch** und

zahle die 120 Mark!

Worauf der Arbeitersekretär die Klage zurückzog.

Damit ist natürlich der Nachweis geliefert, daß in den Hofer Textilfabriken schwarze Listen geführt und die Arbeiter in der hinterhältigsten Weise bekämpft werden. Denn uns darf doch der Beklagte nicht etwa glauben machen wollen, daß er, ohne von der Berechtigung der Klage überzeugt gewesen zu sein, dem Kläger 120 Mk. gezahlt hätte. Er zahlte den geforderten Schadenersatz, um zu verhindern, daß durch eine Gerichtsverhandlung noch mehr ans Tageslicht gefördert werde. Wir meinen aber, wenn auch die wirtschaftliche Seite der Sache erledigt ist, so gibt es doch daneben auch noch eine **strafrechtliche** Seite. Der Zweck der schwarzen Listen bei den Hofer Textilmagnaten ist augenscheinlich der, **die Arbeiter zu nötigen,** aus der Organisation auszutreten, sich also des staatsbürgerlichen Rechtes, das als Schutzmittel ihrer Existenz dient, zu entledigen. Der Deutsche Textilarbeiterverband ist eine Vereinigung, **welche entsprechend dem § 152 der Gewerbeordnung zum Zwecke hat, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.** Wer nun Arbeiter, die einer solchen Vereinigung angehören wollen, durch Verrufserklärung, **wie die Versendung schwarzer Listen ohne Zweifel eine ist,** hindert, an solchen Vereinbarungen teilzunehmen, **der macht sich nach dem klaren Wortlaut des § 153 der Gewerbeordnung strafbar.** Dieser Ansicht ist auch die „Soziale Praxis". Nachdem sie in einer Betrachtung über den Unternehmerterrorismus auf die Tatsache verwiesen hat, daß, wenn Arbeiter durch Drohungen, Verrufserklärung usw. gleichgültige Kollegen in die Organisation zu treiben suchen, die Gerichte und Behörden gegen diesen „Terrorismus" mit den Strafmitteln des § 153 der Gewerbeordnung oder mit den noch schärferen Strafbestimmungen des Strafgesetzes (Erpressungsparagraph) einschreiten, wirft sie die sehr berechtigte Frage auf: **„Was aber geschieht den Arbeitgebern, wenn sie die Arbeiter zum Verlassen ihrer Organisation zu nötigen versuchen?"** Und sie fährt dann in folgenden Betrachtungen fort:

„Gerade in der letzten Zeit ist es wieder häufiger bekannt geworden, daß Arbeitgeber die Kündigung androhen oder verhängen, **wenn die Arbeiter nicht aus ihrer Organisation austreten** und sich schriftlich verpflichten, keinem Verbande anzugehören. Der Arbeitgeber bedient sich allerdings anderer Mittel; er braucht nicht Drohungen, Verrufserklärungen, Schläge usw. anzuwenden. **Er kündigt einfach.** Das ist sein Recht. **Und doch ist es eine Gewalttat, ein Akt des Terrorismus,** wenn er, der für sich alle Vorteile der Organisation in Anspruch nimmt, die Arbeiter vor die Wahl stellt, entweder auf die Ausübung eines durch Reichsgesetz gewährleisteten Rechtes zu verzichten oder die Fabrik zu verlassen **und mit Weib und Kind der Arbeitslosigkeit mit ihren Schrecken und Nöten entgegenzugehen.** Verläßt der Arbeiter seine Organisation, **so handelt er gegen die Arbeiterehre und die** Solidarität; er schwächt den Verband und **beraubt sich seines besten Schutzes und Rückhalts.** Aber auf der Seite muß ihn der Gedanke, sich und die Seinigen der sicheren Existenz, des täglichen Brotes, der Heimat zu berauben, **aufs äußerste bedrängen.** Wir meinen solche seelische Qualen, die ein **Arbeitgeber** verhängt, **weil seinem Herrentrotz die auf dem Boden des Gesetzes stehende Organisation der Arbeiter nicht paßt,** sind ebenso schlimm, als die Belästigungen durch Schimpfworte und Püffe, die ein gewerkschaftlicher Fanatiker gegen andere Arbeiter ausübt. Sittlich steht der Terrorismus des Arbeitgebers zum mindesten ebenso tief wie der des Arbeiters. Aber strafbar ist er zurzeit nicht. Hier ist einer der Fälle, **wo das Recht höchstes Unrecht ist."**

Wenn die „Soziale Praxis" sagt, daß solche Fälle von Unternehmerterrorismus zurzeit nicht strafbar seien, so meint sie damit nur jene Fälle, wo der Unternehmer seinen Terrorismus **durch Kündigung** des Arbeitsverhältnisses zum Ausdruck bringt. Ganz anders aber liegt die Sache in Hof. **Wenn die Gerechtigkeit nicht auf den Kopf gestellt werden soll, so müssen die Hofer Textilindustriellen, denen nachgewiesen werden kann, daß sie die organisierten Arbeiter durch schwarze Listen in Verruf erklären, um sie zu zwingen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren, auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung bestraft werden.** Und daß diese Gewaltpolitiker nicht geschont, sondern, **wenn das nicht schon geschehen ist,** sofort zur Anzeige gebracht werden, das brauchen wir wohl nicht erst besonders zu betonen. Gewaltpolitiker vom Schlage der Hinterhältigkeit der Hofer Textilbarone verdienen keine Schonung. **Deren Gewaltpolitik muß mit allen anwendbaren Mitteln unschädlich gemacht werden.**

Wie in den Kreisen der Textilfabrikanten geschwelgt wird.

In Krefeld fand die letzten Tage vor dem Schwurgericht ein Prozeß statt, der einmal einen Einblick gestattete in die Lebensweise jener Kreise, die von der Arbeit anderer Menschen schwelgen. Vor den Geschworenen stand der Bevollmächtigte der Krefelder Möbelstoffweberei, Rohseidenhändler Gustav Thomas aus Krefeld, um sich wegen betrügerischen Bankerotts zu verantworten. Die Verhandlung ergab ein ganz anderes Bild von der moralischen Qualifikation unserer Textilfabrikanten, als wie es uns in der Regel die Kapitalistenpresse auszumalen sucht. Letztere sucht uns die Kapitalisten gar häufig als die geplagtesten Leute von der Welt hinzustellen, denen die Sorge um das „Wohl der Arbeiter" fast keine Minute Ruhe vergönne und deren ganze Lebensfreude von dem Bestreben zur Seite gedrängt werde, für Beschäftigung der Arbeiter zu sorgen. Natürlich ist das alles nichts weiter, wie dem König Mammon dienender Byzantinismus (Speichelleckerei). Gegenwärtig hat die Textilarbeiterschaft wahrlich Gelegenheit genug, zu sehen, wie wenig Sorge den Fabrikanten das „Wohl der Arbeiter" macht. **Sie sind nur immer dann auf das „Wohl der Arbeiter" bedacht, wenn sie unter Vorspiegelung dieser falschen Tatsache ihren eigenen Geldhunger befriedigen können.** Wir wollen nun, wenn wir die nachfolgende Gerichtsverhandlung etwas beleuchten, damit keineswegs den Anschein erwecken, als wollten wir verallgemeinern; indessen, wir halten es hier mit dem in jenem Prozesse aufgetretenen Zeugen Wellmann, der, als vom Richtertische aus bezweifelt wurde, daß in den Reihen der Textilfabrikanten solche oberfaule Tricks öfter vorkämen, mit Pathos antwortete: „Es werden noch ganz andere Dinge gemacht, und die Leute stehen heute groß da, **weil sie Geld haben!"**

Ja, gewiß, es werden noch ganz andere Dinge gemacht, weil sie, die diese Dinge drehen, Geld haben; Geld, das ihnen allerdings die werterzeugende Arbeit der Arbeiter liefern muß. Mögen daher auch manche der „noblen" Passionen des ehemaligen Bevollmächtigten der Krefelder Möbelstoffweberei etwas eigenartig sein, im großen und ganzen spiegelt seine Lebensweise ja doch nur das Milieu, die soziale Umgebung wider, in der sich das Leben unserer Fabrikanten abspielt. Schon gleich die Familienverhältnisse des Angeklagten bewegten sich in recht eigentümlichen Bahnen. Im Jahre 1899 verheiratete er sich und ließ sich im Jahre 1906 scheiden, weil der „Hausfreund" mit der Madame ein Verhältnis begann. Soweit wäre ja die Sache noch verständlich, wenn auch immerhin für die meisten Fabrikantenfrauen als mildernder Umstand in Betracht zu ziehen ist, daß doch in der Regel der „Hausfreund" nur als Kompensationsmittel für die diversen „Verhältnisse" des Herrn Gemahls zu gelten hat, weshalb eine Scheidung wegen getreuer Pflichterfüllung des „Hausfreundes" immerhin eine an Ungerechtigkeit grenzende Härte darstellt. Indessen, es ist möglich, daß in diesem Falle kein Kompensationsmittel zu Recht bestand, dann sind aber die weiteren Schritte des nunmehr zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilten Mitinhabers der Krefelder Möbelstoffweberei erst recht unverständlich. Bei der Scheidung wurde die Frau als der „schuldige Teil" erklärt und dem Manne wurden die beiden Kinder zugesprochen. Und nun kommt das Merkwürdige: Die Frau heiratet den ehemaligen Hausfreund, und Thomas, der ehemalige Gatte, **zahlt nicht nur der Braut des Hausfreundes, seiner früheren Frau, 12 000 Mk. Nadelgeld, sondern gibt auch dem Bräutigam seiner ehemaligen Frau noch 7000 Mk., damit er sich eine Einrichtung anschaffen konnte.** Außerdem gab Thomas seiner früheren Frau die ihm in der Scheidung zugesprochenen beiden Kinder gegen ein **monatliches Pflegegeld von 500 Mk.** in Pflege. Als in der Verhandlung dieses monatliche Pflegegeld in Höhe von 500 Mk. für zwei Kinder als etwas sehr reichlich bemessen bezeichnet wurde, war der Angeklagte sehr erstaunt darüber. Es dürfte nicht uninteressant sein, einmal festzustellen, ob der frühere Bevollmächtigte der Krefelder Möbelstoffweberei einmal Gelegenheit hatte, Einblicke in das Familienleben seiner früheren Arbeiter zu tun, etwa dergestalt, daß diese zu ihm kamen, um ihn um einen höheren Preis für ihre Arbeitskraft anzuhalten, unter der Begründung, daß der bisher für die Arbeitskraft bezahlte Preis bei weitem nicht ausreiche, Frau und Kinder zu ernähren. Wenn Herr Thomas schon in Erstaunen geriet darüber, daß das Gericht 500 Mark Pflegegeld pro Monat für zwei Kinder als zu reichlich bemessen bezeichnete, welches Erstaunen muß dann sein Gesicht widergespiegelt haben, wenn er einmal von seinen Arbeitern zu hören bekam, **daß sie für die Pflege von zwei Kindern pro Monat kaum 50 Mark aufwenden konnten.** Bei der Erörterung dieser Pflegegeldfrage trat auch noch eine andere Auffälligkeit zutage: das ist die grenzenlose Unkenntnis der besitzenden Klassen in bezug auf die traurige soziale Lage der Arbeiterklasse. Der Vorsitzende des Gerichts meinte nämlich, bei einem Pflegegeld von 500 Mk. monatlich für zwei Kinder handle es sich um eine Summe von **6000 Mark jährlich,** und von einer solchen Summe müßte doch **manche Familie leben.** — „O, du ahnungsloser Engel, du!" könnte man fast ausrufen, wenn man so etwas hört. Die Textilarbeiter würden sicher zu den dankbarsten Menschen der Welt gehören, wenn sie in jenen Menschenkreis mit eingeschlossen wären, innerhalb dessen manche Familien nur 6000 Mk. jährlich zu verleben haben. Ob jene Leute noch nie einmal etwas von den Lohnberechnungen der Textilberufsgenossenschaften gehört haben? Jene Lohnberechnungen zeigen alle Jahre, **daß Zehntausende von Textilarbeiterfamilien mit jährlich weniger denn 600 Mark auskommen müssen.** Jene Summe von 500 Mk., die der ehemalige Textilfabrikant Thomas monatlich für seine zwei Kinder an Pflegegeld bezahlte, sie übersteigt in Tausenden von Fällen die Jahreseinnahme einer Arbeiterfamilie. Wenn allerdings solche irrtümlichen Ansichten über die Lebenshaltung der Arbeiter unter dem deutschen Richterstand, und wie anzunehmen ist, unter der ganzen herrschenden Klasse heimisch sind, dann darf man sich über die Zeichen der Zeit, den immer unerträglicher werdenden Steuerdruck und die zunehmende Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiterbewegung, nicht mehr wundern. Dann aber, das können wir mit allem Nachdruck sagen, haben sich die herrschenden Klassen auch auf einen Vulkan gesetzt, **der ihnen den ersten besten Tag mehr wie die Augen öffnen kann . . .**

Doch kehren wir für heute wieder zu Thomas zurück. Die Erkenntnis, der schon Jehova Ausdruck gab, als er dem allein im Paradiese herumhagestolzierenden Adam sagte, „daß es nicht gut sei, daß der Mensch allein sei, sondern man ihm eine Gefährtin machen müsse, die um ihn sei", die war nach der Scheidung auch unserem Textilfabrikanten Thomas nicht verborgen geblieben. Es war eine Schauspielerin, die dem armen Thomas die Lebenslaufbahn für drei Monate planierte. Dafür wendete er zirka 800 Mk. auf, ungerechnet der 300 Mk., die er für die Instandsetzung ihrer Zähne verausgabte. Das war eigentlich den Umständen nach verhältnismäßig wenig, was das „süße Mädel" für ihre Mühewaltung erhielt. Denn man muß bedenken, daß dem Thomas nachgewiesen wurde, daß er in einem Jahre zirka 25 000 Mark, und das einemal sogar **in 9 Monaten 35 000 Mark für sich verbraucht hatte.** So knickerig war Thomas sonst nicht im Ausgeben von Geld. Die Schneiderrechnung betrug pro Jahr über 1000 Mark; dazu kamen in einigen Wochen noch 70 Mark für Hüte. Ein Souper mit sechs Freundinnen und diversen Freunden kostete ohne Wein, laut Rechnung, 140 Mk., dazu außerdem noch 25 Mk. für Tafeldekoration. Die Rechnungen bei seinem Juwelier waren auch nicht so ohne. Er legte sich **zwei Hemdenknöpfe für 350 Mk. zu,** ließ ein paar Trauringe umwandeln zum **Preise von 120 Mk.,** und der Schauspielerin schenkte er ein Paar Ohrgehänge **zu 73 Mk.**

Kurz und gut, Thomas, der nach dem Zeugnis der Mitinhaber der Krefelder Möbelstoffweberei sich in den letzten Jahren mit Arbeit keineswegs überhob, **sondern dafür lieber Tennis spielte,** strafte das Sprichwort: „Wer nicht wisse, Geld auszugeben, wisse auch keins zu verdienen", gründlich Lügen. Er verstand das Geldausgeben aus dem ff, aber wo es herkam, das war ihm schnuppe. Als er schließlich sah, daß die Herrlichkeit ein Ende nahm, steckte er noch 31 000 Mk. in den Sack und verduftete nach Griechenland. Bezeichnend für die Ansichten in den Kreisen unseres Unternehmertums ist nur noch die Aussage eines Zeugen in dem Prozeß, der sagte, wenn man gewußt hätte, daß Thomas nur die 31 000 Mark mitgenommen **hatte, man gar keine Schritte gegen ihn unternommen, sondern ihn laufen gelassen hätte.** Wenn Thomas daher jetzt 3½ Jahre hinter dem Gefängnisgitter über seine noblen Passionen nachdenken kann, so verdankt er das keineswegs dem Umstande, daß er Mein und Dein nicht zu unterscheiden vermochte, sondern lediglich dem Pech, daß die Leidtragenden in dieser Affäre zu der Annahme gelangten, er habe Hunderttausende mitgenommen. Um ein Haar, und auch an ihm hätte sich das Sprichwort bewahrheitet: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen." Das ist die Moral der kapitalistischen Gesellschaft. **Wie mancher arme Familienvater muß ein Menschenleben lang schwer fronen für eine Summe, die dieser Kapitalistensprößling in 9 Monaten verjubelte.** Und wenn dann schließlich die Kräfte versagen oder Arbeitslosigkeit den Arbeiter daran hindert, für sich und seine Familie zu sorgen, wenn die drückendste Not ihn am Ende in die Zwangslage versetzt, sich zu nehmen, was eine ungerechte Gesellschaftsordnung ihm vorenthält, **nämlich die Existenzmittel zum Leben,** dann wird mit dem „Verbrecher aus Not" keine solche Rücksicht genommen: Hinein kommt er ins Loch, ohne Gnade; denn er gehörte ja nicht zu denen, die jener Gesellschaftsschicht angehören, welche das Privilegium genießt, den Ertrag der Arbeit anderer Leute zu verjubeln, sondern er gehörte zu den **„Geringen",** die, nach Kardinal Fischer

Fachgewerbliche Rundschau.

Trostlose Aussichten über die Geschäftslage in der schlesischen Textilindustrie enthält der letzte Vierteljahresbericht der Handelskammer zu Landeshut i. Schl. Der Bericht sagt:

Die Webereien waren für neue Garnschlüsse wenig aufnahmefähig, weil sie noch aus der Zeit der Hochkonjunktur zu hohen Preisen unter Schluß standen. Der fortdauernde Preisrückgang der Garne wirkte auch hemmend auf den Absatz der Gewebe, so daß die Webereien vielfach nur mit Schwierigkeiten und zu verlustbringenden (!) Preisen ihre Waren absetzen konnten. Sie sahen sich deshalb ebenfalls genötigt, die tägliche Arbeitszeit ihrer Betriebe einzuschränken. Von 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche ging man auf 50 bis 44½ Stunden zurück. Nur wo bereits die Vorarbeiten zum Weihnachtsgeschäft einsetzten, besonders in der Wäschefabrikation, konnte der Betrieb in vollem Umfange erhalten werden.

Unter diesen Umständen ist es um so mehr zu bedauern, daß die Fabrikanten des Kreises, welche Handweber beschäftigen, bei der diesjährigen Submission für Militär- und Marinebedarf sowie von Provinzialanstalten sehr spärlich bedacht worden sind. Obwohl hier noch über 2000 Hauswebstühle mit etwa 2300 Webern arbeiten und auch von hier aus noch Handweber der Kreise Bolkenhain, Schönau und Hirschberg Beschäftigung erhalten.

Bis zum Ende dieses Jahres werden die hiesigen Weber noch schwach beschäftigt sein, da sehr viele die Weberei nur neben der Landwirtschaft betreiben. Dagegen ist für die Monate Januar bis Anfang Mai **wenig Beschäftigung** in Aussicht, so daß in vielen Orten des Kreises vollständige Arbeitslosigkeit eintreten dürfte.

Und nun die andere Seite der Medaille. Die schlesischen Textilwerke Meihner u. Frahne, Akt.-Ges. in Landeshut i. Schl., erzielten in diesem Jahre nach **183 191 Mk. Abschreibungen** einen **Reingewinn von 724 151 Mk.** Also ohne Abschreibungen **rund dreiviertel Millionen Reingewinn.** Da kann man allerdings der Krise gelassen entgegensehen. Es geht doch nichts über unsere herrliche, göttliche Weltordnung.

Schließung eines Betriebes wegen Arbeitsmangels. Der schlechte Geschäftsgang in der Textilindustrie hat die Schließung eines Betriebes in Reichenbach i. Schl. zur Folge gehabt. Die frühere Reisingersche Spinnerei war vor etwa zwei Jahren von einer Leutmannsdorfer Firma übernommen worden und ungefähr 40 Personen waren jetzt darin beschäftigt. Denselben ist nun **sämtlich gekündigt** und der Fabrikbetrieb eingestellt worden, da sich die Firma in Zahlungsschwierigkeiten befindet. Die Passiva sollen 235 000 Mk. betragen, denen als Aktiva freilich erhebliche Bestände an Rohmaterial gegenüberstehen.

Besserer Geschäftsgang ist in den Kammgarnspinnereien in Mülhausen i. E. eingetreten. In den letzten Tagen sind bedeutende Aufträge eingegangen. Die Preise, die in der letzten Zeit gefallen waren, zeigen eine aufsteigende Tendenz, so daß keine langfristigen Aufträge zu den heutigen Preisen mehr angenommen werden. In den Fabriken werden wieder neue Arbeitskräfte eingestellt. Die Firma Schwartz u. Cie. setzt beispielsweise alle bisher stillstehenden Maschinen wieder in Betrieb und hat zu diesem Zweck eine ganze Reihe neuer Arbeitskräfte eingestellt. In den Baumwollspinnereien wird in verschiedenen Betrieben schon einige Zeit über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet.

Das letztere halten wir allerdings für sehr verfehlt. Die gegenwärtige Geschäftslage vom allgemeinen Standpunkt der gesamten Baumwollindustrie aus betrachtet, ist ganz und gar nicht dazu angetan, Ueberstundenschinderei zuzulassen. Weg vielmehr mit allen Ueberstunden!

Wiedereröffnung des Betriebes. Die Herrn Heinrich Michael-Falkenstein gehörige Stickereifabrik in Hammerbrücke i. V. mit über 60 Schiffchenmaschinen, die längere Zeit nicht in Betrieb gewesen ist, ist wieder eröffnet worden.

Zur Geschäftslage in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie wird den bürgerlichen Blättern aus Gera geschrieben:

„In der Wollindustrie unseres Bezirks hat sich seit einigen Wochen ein Aufschwung vollzogen. Es besteht großer Bedarf an guten Kammgarnen und Cheviotgespinsten, nachdem vorher monatelang mit den Aufträgen zurückgehalten war. Zu einem starken Inlandsbedarf gesellt sich für die Spinnereien die rege Nachfrage nach Garnen vom Ausland. Die Preisbasis hat nach und nach eine feste Gestalt angenommen. Das bisher schwache Geschäft in Webwaren, das dazu geführt hatte, daß von 34 000 Webstühlen im Bezirke nur noch zwei Drittel in Tätigkeit war, zeigt heute ein wesentlich verändertes Bild. Der Bedarf von Webwaren konnte von der Kundschaft nicht länger zurückgehalten werden. Abgesehen davon, daß sich namentlich das deutsche Geschäft wesentlich erholt hat, muß auch konstatiert werden, daß das Auslands- und Exportgeschäft belangreiche Aufträge in Damenstoffen brachte. Hierbei erscheint von besonderer Bedeutung der Umstand, daß allenthalben reine Wollgewebe oder Gewebe aus Wolle und Mohair oder Wolle mit Seide stark begehrt sind, und darin hat gerade der sächsisch-thüringische Bezirk außerordentlich reichhaltige Musterkollektionen zu angemessenen Preisen gebracht, die vom Inland und Ausland Aufnahme fanden. Es sind sowohl glatte Gewebe wie Nouveautés in reicher Auswahl bestellt worden. Das Geschäft wäre wahrscheinlich noch lebhafter, wenn die Balkanwirren das Geschäft nach den Orientländern nicht unwesentlich beeinflußten."

Eine große Baumwollernte ist nach den aus Amerika vorliegenden Berichten zu erwarten. Es sind bis zum 18. d. M. nicht weniger als 6 283 780 Ballen entkörnt worden; das sind um 1¼ bis 1¾ Millionen Ballen mehr als in den gleichen Abschnitten der drei vorangegangenen Kampagnen. Die Pflücke dauert in den meisten Distrikten noch an und war bis in die letzte Zeit vom Wetter begünstigt, nur in den nördlichen Regionen des Baumwollgebietes haben stärkere Fröste dem Nachreifen der Pflanze ein Ende bereitet. Das bisher zu Markt gebrachte Quantum Baumwolle beträgt 3 008 000 Ballen gegen 2 283 000 Ballen vor einem Jahre.

Posamentenfachschule zu Buchholz. Die vom Annaberg-Buchholzer Gemeindeverband in Buchholz i. S. errichtete Posamentenfachschule ist nunmehr fertiggestellt. Einschließlich der inneren Einrichtung belaufen sich die Kosten auf gegen 200 000 Mk., zu denen der sächsische Staat eine einmalige Beihilfe von 25 000 Mk. bewilligt hat. Auch zum Unterhalt der Anstalt wird derselbe eine jährliche Subvention von mehreren Tausend Mark beisteuern. Das Gebäude besteht aus vier Geschoßwerken. In ihnen werden die jetzt in Annaberg und Buchholz bestehenden besonderen Anstalten zu einer Fachschule vereinigt. Als neue Unterrichtszweige sollen aufgenommen werden die Kunst des Spitzenklöppelns, die Ausbildung von Musterzeichnern, von Werkführern, ein Kursus für Posamentenfabrikanten und -Kaufleute. Die nächsten Monate sollen für die Aufstellung und Zurichtung der Maschinen benutzt und die Anstalt hierauf Anfang Januar 1909 in Gegenwart von Regierungsvertretern ihre offizielle Weihe empfangen. Soweit

in Köln, **durch Gottes weise Vorsehung dazu berufen sind, ein Leben der Armut, der Niedrigkeit, der Entsagung und der demütigen Arbeit zu führen.** Für diese Leute sind nicht die Güter dieser Erde, sondern für sie ist das Paradies im Jenseits geschaffen. **Also mögen sie, anstatt aus Not zum Diebstahl zu greifen, verhungern, um durch ihren Hungertod zu lachenden Erben der ewigen Seligkeit zu werden.**

Wie sieht es in der deutschen Leinenindustrie aus?

Die Flachsspinnereien in Deutschland haben bekanntlich gemeinsam mit den gleichen Spinnereien in Oesterreich und Belgien die bisherige Produktionseinschränkung bis zum Jahresschluß beizubehalten beschlossen. Der Beweggrund dazu ist, wie jetzt offen zugegeben wird, weniger der Mangel an Aufträgen, als das Bestreben, **die bisherigen hohen Garnpreise zu halten,** bezw. sie zu normieren, daß sie einen lohnenden Gewinn abwerfen. In der Nr. 301 der „Frankf. Ztg." vom 29. Oktober d. J. wird darüber gesagt, „daß der Druck, welcher schon seit Jahresfrist auf der deutschen Leinenindustrie lastete, in der letzten Zeit einem besseren Geschäftsgange Platz gemacht habe." Die jetzt bestehenden Verhältnisse in der Leinenspinnerei seien als günstige zu bezeichnen, da die Produktion ausnahmslos bis Jahresschluß zu lohnenden Preisen untergebracht sei. Weiter heißt es dann in jenem Bericht bezüglich der schon erwähnten Produktionseinschränkung:

„Diese Produktionseinschränkung verfolgt zudem den Zweck, die jetzigen Garnnotierungen zu halten oder doch wenigstens so zu normieren, daß sie auch in der Spinnerei ein lohnendes Arbeiten gestatten. Letzteres wird um so mehr der Fall sein, als die vorjährige Flachsernte in Rußland reichen Ertrag aufwies, so daß es den Spinnereien möglich war, sich zu verhältnismäßig billigen Preisen in ausgiebiger Weise in Rohmaterial zu versorgen. Diese günstige Deckung in Rohmaterial reicht noch für längere Zeit. Die Spinnereien sind dadurch nicht gezwungen, sich wie in früheren Jahren an den Flachsmarkt zu drängen und hohe Preise für passende Qualitäten anzulegen. . . . Die Garnofferten vom Auslande weisen zwar, besonders in Towgarnen, in letzter Zeit noch wesentliche Zunahme auf, jedoch wird immerhin auf den Preis gehalten, zumal da auch dort eingeschränkt gearbeitet wird und Towgarne nicht in erforderlichen Quantitäten in Deutschland produziert werden. Die deutsche Leinenspinnerei kann daher mit guten Hoffnungen auf günstigen Erfolg weiter arbeiten, um so mehr, als manche Anzeichen darauf hindeuten, daß auch das Geschäft in fertigen Leinenfabrikaten, besonders der Exportverkehr, sich in Bälde wieder beleben und hierdurch auch eine Steigerung des Garnkonsums herbeigeführt wird."

So harmlos diese Ausführungen auch auf den ersten Blick erscheinen, eine um so gefährlichere Politik für die ganze Leinenindustrie umhüllen sie. Man spricht in dem Bericht der „Frankf. Ztg." von einem Druck, der auf der deutschen Leinenindustrie seit Jahresfrist laste; ja, worin besteht denn dieser Druck? Nun, er besteht in nichts anderem, wie in der rücksichtslosen Förderung der Gewinnpolitik der zu einem Syndikat zusammengeschlossenen Leinengarnspinnereien. Nichts anderes wie die unverschämt hohen Garnpreise, welche die Spinnereien seit mehreren Jahren fordern, trägt die Schuld an dem Druck, der auf der Leinenindustrie lastet. Waren denn diese hohen Garnpreise gerechtfertigt? Keineswegs; denn der Flachs war, wie der Bericht der „Frankf. Ztg." selber sagt, verhältnismäßig **billig;** na und mit dem sonst so beliebten Schwindel der hohen Arbeitslöhne kann man uns doch in den Leinenspinnereien erst recht nicht kommen. Bleibt also nichts anderes als Ursache der unverschämt hohen Preise, wie die ausgiebigste Befriedigung der Gewinnsucht der Spinnereien. Den Beweis dafür liefern uns ja die Aktiengesellschaften selbst. Die Aktiengesellschaft für Schlesische Leinenindustrie vormals Kramsta in Freiburg i. Schl. erzielte im jetzt abgelaufenen Geschäftsjahre, nach **230 980 Mk.** (i. Vorjahre 209 220 Mark) **Abschreibungen einen Reingewinn von 933 277 Mk.** (im Vorjahre 879 106 Mk.). Der Reingewinn ist also trotz um 20 000 Mk. höhere Abschreibungen **noch um 54 171 Mk. gestiegen.** Demzufolge wird auch die Dividende von 9 auf **10 Proz.** erhöht. Und was sagt **die** Gesellschaft selbst in ihrem Geschäftsbericht über die Ursachen dieses Gewinnresultates? Nun, sie sagt:

„Der Absatz in Garnen war in den ersten sechs Monaten unseres Geschäftsjahres noch durchaus befriedigend, während er sich in der zweiten Hälfte von Monat zu Monat schwächer gestaltete. Auch unsere beiden Spinnereien haben sich dieser Bestimmung unterwerfen müssen. Wenn trotzdem das Gewinnresultat der Spinnereien ein recht gutes gewesen ist, **so ist dies in erster Reihe auf die hohen Garnpreise zurückzuführen,** zu denen der größere Teil unserer Produktion untergebracht worden war. Zu dieser günstigen Situation kam hinzu, daß die russische Flachsernte hinsichtlich des Quantums überaus groß war. Wenn auch die Slanetzflächse (Tauröſten) in Qualität viel zu wünschen übrig ließen, so war dagegen die Qualität der geweichten Flächse meist recht befriedigend und die Preise **billig."** . . .

Also trotz schwächer werdendem Absatz doch höherer Gewinn, was, wie der Bericht mit erfreulicher Offenheit konstatiert, in erster Reihe auf die hohen Garnpreise zurückzuführen ist. Natürlich hat unter solchen Verhältnissen die Leinenweberei sehr schwer zu leiden. Hierüber sagt derselbe Artikel der „Frankf. Ztg." das folgende:

„In der deutschen Leinenweberei liegen dagegen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger; fast allerwärts herrscht in den Betrieben große Ruhe, Stagnation und Mißtrauen, so daß die schon seit längerer Zeit bestehenden Produktionseinschränkungen nicht allein voll aufrechterhalten, sondern für einzelne Branchen, welche Spezialitäten für Export herstellen, noch weiter ausgedehnt werden mußten. In allen reinleinenen Fabrikaten ist schon infolge der rückgängigen Konjunktur und namentlich wegen der hohen Preise ein erheblicher Rückgang des Konsums eingetreten, der um so fühlbarer ist, als auch der amerikanische Markt, welcher besonders für die teuersten Artikel ein bedeutender Abnehmer war, nach wie vor größeren Transaktionen gegenüber Zurückhaltung beobachtet. Hierzu kommt noch der erhebliche Rückgang der Rohbaumwolle, Baumwollgarne und Baumwollwaren und namentlich letztere sind auf ein Preisniveau angelangt, wie es seit langer Zeit nicht bestanden hat. Baumwollwaren sind aber die Hauptkonkurrenz der Leinenfabrikate und diese wird um so fühlbarer, je teurer die Leinenstoffe sind und je mehr die Konjunktur und der Exportverkehr zurückgehen. Auch in der letzten Zeit zeigte sich noch keine merkliche Aenderung in der Lage des Geschäfts, wenn auch manche Anzeichen darauf hindeuten, daß in nicht zu ferner Zeit eine Besserung des Absatzes nach den Vereinigten Staaten zu erwarten ist; im inländischen Geschäft beobachtet die Kundschaft nach wie vor Zurückhaltung und diesem Umstande muß die Weberei um so mehr durch Einführung von Produktionseinschränkungen Rechnung tragen, als bei den hohen Garnpreisen das Arbeiten auf Vorrat mit größerem Risiko verbunden ist."

In ähnlich düsteren Farben begegnet uns ein Stimmungsbild aus der schlesischen Leinenindustrie im „Confectioair". Es heißt da:

„Der allgemeine schlechte Geschäftsgang in der schlesischen Leinenindustrie hat sich in letzter Zeit noch nicht viel verändert. Bei den Webereien sind infolgedessen Erwägungen im Gange, ob es nicht angezeigt wäre, Betriebseinschränkungen, so wie in den Spinnereien, vorzunehmen. **Der Verdienst der Arbeiter würde alsdann durch die verkürzte Arbeitszeit geschmälert werden** und zu weiteren Arbeiterentlassungen führen. — **Die an sich schon geringe Kaufkraft der arbeitenden Klassen,** die doch so sehr in die Wagschale fällt, würde sich dann allerdings im Handel, besonders im Industriebezirk, noch fühlbarer machen, als es bis jetzt der Fall war, **und ein weiterer Teil Arbeiter würde wiederum nach dem Rheinland und Westfalen sich hinziehen,** was bei Eintreten besserer Zeiten, die doch unbedingt kommen müssen, Arbeitermangel hervorrufen würde; diesen zu verhindern, wäre es gut, von den Betriebseinschränkungen Abstand zu nehmen. Die Handweberei in leinenen Artikeln ruhte während der Ernte fast ganz und verschwindet immer mehr von der Oberfläche. Die Folge des schlechten Geschäftsganges war, daß die Lager sich allzu sehr anhäuften und Verkäufe zu tatsächlichen Verlustpreisen vorgenommen werden mußten."

Man sollte nun meinen, daß, wenn die Webereien in einer solch ungünstigen Situation sich befinden, **die Spinnereien alles tun müßten, um den Webereien das Fortkommen aus dieser ungünstigen Situation zu erleichtern.** Aber der Bericht aus der „Frankf. Ztg." zeigt uns, daß daran nicht gedacht wird. Die Spinnereien sollten doch bedenken, daß, wenn sie den Abnehmern ihrer Produkte die Konkurrenz mit gleichartigen Waren, wie es von den Baumwollwaren gesagt wird, erschweren, **sie sich ja selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen.** Denn wenn die Leinenweberei mit ihren Produkten, dank der preistreibenden Syndikatspolitik der Leinengarnspinnereien, der Konkurrenz der Baumwollindustrie immer mehr erliegt, so muß natürlich der Absatz von Leinengarn ein immer geringerer werden und schließlich die Leinengarnspinnereien wegen zu geringem Umsatz unrentabel machen. Es ist also eine sehr kurzsichtige Politik, welche die vereinigten Leinengarnspinnereien betreiben.

Leider sind es, wie Figura zeigt, wieder die Arbeiter, welche den größten Schaden dieser Syndikatspolitik zu tragen bekommen. Durch die lange andauernde Produktionseinschränkung wird ihnen die Lebenshaltung außerordentlich verschlechtert und es ist noch gar nicht abzusehen, welche Folgen noch eintreten.

In den Kreisen jener Unternehmer, welche von den Rohstoffsyndikaten abhängig sind, herrscht über deren rücksichtslose Gewinnpolitik eine sehr begreifliche Erregung. Im „Freien Wort" schlägt ein Großgewerbetreibender sogar vor, zur Ueberwindung der „industriellen Depression" eine **vierwöchige allgemeine Stillegung der Betriebe** vorzunehmen. Zur Begründung führt der Verfasser aus:

„Man kann den Niedergang der Konjunktur betrachten, wie man will, es wird nicht schwierig sein, über zwei Punkte wenigstens eine Uebereinstimmung der Meinung zu konstatieren: Die **Rohstoffverbände,** vor allem das Kohlenkontor, **halten die Preise viel zu hoch,** und innerhalb der Industrie herrscht trotz des „billigen Geldes" an den Börsen solche Finanznot (zum Teil infolge der zu hohen Preise der syndizierten Rohstoffe), daß sie keine Kaufkraft hat. Wenn man dies erwägt und auf Mittel und Wege sinnt, wie Abhilfe zu schaffen ist, drängt sich der Gedanke auf, daß es immerhin einen Weg gäbe, zu gesunderen Verhältnissen zu gelangen: Die Industrie müßte einmal methodisch und einheitlich ihre Betriebe einschränken, damit die Rohstoffverbände mit ihren Vorräten nicht mehr ein noch aus wüßten und damit sich wieder Geld in der Industrie ansammelte. Es sei hiermit der Vorschlag gemacht, **daß die deutsche Industrie ab Samstag vor Weihnachten des laufenden Jahres ihre Betriebe auf etwa vier Wochen stillegen** soll, soweit das mit der Natur der einzelnen Betriebe vereinbar ist. Diese vier Wochen sind die Zeit des größten Kohlenkonsums für Heizung und Lichtkonsums für Beleuchtung; wenn dieser Konsum im wesentlichen ausfiele, würde das Kohlenkontor wahrscheinlich sofort nachgeben müssen (??), besonders wenn die Industrie das Glück (!) hätte, gerade in die Kälteperiode hineinzukommen. Während dieser vier Wochen würde sich viel Geld in den Industrien ansammeln, welches die Situation verändern müßte; es kämen auch wieder große Bedürfnisse nach der Außerbetriebsetzung — kurz, eine solche vierwöchige Stillegung würde wahrscheinlich zum Schwungrad, das den toten Punkt an der großen Industriemaschine überwände. Selbstverständlich werden alle Fabriken, die vollauf beschäftigt sind und keine Abschwächung zu befürchten haben, ruhig weiterarbeiten. . . . Eine sehr wichtige Frage bliebe offen: **wie soll es diese vier Wochen mit der Arbeiterschaft gehalten werden?** Es ist selbstverständlich, daß hier jede erdenkliche Rücksicht zu nehmen ist. Beispielsweise könnte man generell vorschußweise jedem Arbeiter pro ausgefallenen Arbeitstag den ortsüblichen Tagelohn wöchentlich ausbezahlen und während des Jahres 1909 **allwöchentlich zwei Mark abziehen.** Dadurch würde verhindert, daß gerade zur Weihnachtszeit Mangel eintritt, und außerdem würde sich der Abzug über ein Jahr hin nicht zu schwer fühlbar machen."

Wenn nun auch dieser Vorschlag nicht ernst zu nehmen **ist, denn seine Durchführung würde zu gleicher Zeit der Anfang vom Ende der kapitalistischen Produktion sein,** und als solchen könnten wir ihn mit Freuden begrüßen — wenn also auch dieser Vorschlag nicht ernst zu nehmen ist, so zeigt er uns doch, welche Erbitterung über die Rohstoffverbände in der Industrie herrscht. **Und diese Erbitterung ist auch ein Symptom vom Anfang des Endes der privatkapitalistischen Produktion.**

Ein Unternehmer über die Ungerechtigkeiten beim Fehlerstrafen in den Webereien.

Unseren Lesern ist ja bekannt, daß das Fehlerstrafen in den Webereien gegenwärtig hoch in der Blüte steht und daß dabei die ungeheuerlichsten Willkürlichkeiten gewissenloser Subjekte von Warenbeschauern wahre Triumphe feiern. Wir haben schon häufig darauf verwiesen, daß es eine unerhörte Ungerechtigkeit ist, einfach den Weber für Fehler in der Ware zu bestrafen, ohne zu untersuchen, ob den Weber auch ein Verschulden dabei trifft. Das letztere trifft aber in den meisten Fällen nicht zu; meist haben die Ursachen zu den Fehlern ganz andere Leute zu vertreten wie der Weber. Dieser Ansicht gibt auch ein Unternehmer H. R. in der Nr. 6 der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie" vom 5. November 1908 Ausdruck. In einem Artikel: „Ueber Prämien und Strafen in Webereien" zeigt er zunächst die auch uns bekannte Tatsache, daß heute die Abnehmer der Waren in bezug auf Fehler viel unnachsichtiger geworden sind wie früher und bei jedem Fehler einfach das Stück zurückgehen lassen. Er betont dabei, daß viele Abnehmer der Ware so schikanös dabei zu Werke gehen, daß selbst die angestrengteste Aufmerksamkeit der das Stück besichtigenden Personen nicht verhindern konnte, daß erst nach mehrmaligem Ueberziehen der ganzen Länge die ersten Anzeichen der Fehler entdeckt wurden. Worauf diese Schikane zurückzuführen ist, das wissen wir ja auch; es ist meistens das Bestreben der Abnehmer, sich der Ware zu entledigen, die sie damals, zur Zeit der Hausse, unter der Vorspiegelung der Hochspekulanten in den Spinner- und Weberkreisen, zu teuren Preisen gekauft haben. Je mehr Stücke sie nun mit „Fehlern" versehen retour senden können, um so mehr entlasten sie ihr Konto. Die Webereien natürlich sind über solche Retouren nicht sehr erbaut und die armen Weber sind es nun dann in der Regel, welche zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr H. R. sagt nun über die Schuldfrage an den Fehlern folgendes:

„In den seltensten Fällen wird sich der Arbeiter als allein schuldiger Teil fühlen. Ich sage „fühlen", denn er kann unter Umständen unter einem gewissen Druck stehen, welcher ihm verbietet, sich zu rechtfertigen. Es könnte nämlich möglich sein, daß durch diese Rechtfertigung eine dritte Person in Mitleidenschaft gezogen würde, von deren Wohlwollen der Arbeiter sich zum Teil als abhängig betrachtet.

Ich denke hier zunächst an manche Werkmeister, **welche aus reiner Bequemlichkeit und Langstieligkeit eine Reparatur, welche häufig wirklich nur mit einigen Handgriffen erledigt wäre, oft stunden- vielleicht auch tagelang hinausschieben.** Beispielsweise

---

dies unter den beschränkten Verhältnissen möglich ist, wird der Unterricht im November schon eröffnet werden, da die alte Fachschule in Buchholz bereits für andere Zwecke hat geräumt werden müssen.

Vom einstigen Baumwollkönig Sully. Aus London wird gemeldet: Viel Aufsehen erregte es vorige Woche an der New Yorker Baumwollbörse, als der einstige „Baumwollkönig" Daniel Sully diesmal als Angestellter einer bekannten Baumwollfirma zum erstenmal wieder den Saal betrat. Daniel Sully kontrollierte noch vor vier Jahren schier unbeschränkt den Baumwollmarkt und seine Transaktionen beliefen sich auf viele Millionen. Er hat sein ganzes Vermögen verloren und ist auf seine Gage angewiesen, die allerdings 10 000 Dollar beträgt.

Zur Förderung der Wollzucht in Japan werden der „C. T. J." zufolge seitens der japanischen Regierung jetzt Maßregeln getroffen. Diese bestehen zunächst in dem Einkauf von passenden englischen und chinesischen Zuchtschafen. Da die japanische Wollindustrie den nötigen Rohstoff bisher zumeist eingeführt hat, will man sich durch die Hebung der einheimischen Wollzucht nach und nach von den ausländischen Wollieferanten unabhängig machen.

Ausfuhr von Wirkwaren nach Amerika. Nach dem Berichte des amerikanischen Konsulates zu Chemnitz wurden im 3. Quartal 1908 folgende Ausfuhrziffern erreicht:

	1908 Dutzend	1907 Dutzend
Baumwollene Strümpfe	726 919	1 516 063
Seidene Strümpfe	4 955	21 758
wollene Strümpfe	9 252	12 230
baumwollene Handschuhe	295 499	404 834
seidene Handschuhe	7 506	59 729
wollene Handschuhe	27 040	67 861

Verurteilung. Das Schwurgericht in Rottweil verurteilte den Fabrikanten Hermann Manz, Teilhaber der im Konkurse befindlichen Firma Storz u. Manz, Trikotwarenfabrik in Tuttlingen, wegen Urkundenfälschung, versuchten Betruges und Bankerotts zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Von der Untersuchungshaft kommen 10 Monate in Anrechnung. Die Mitangeklagten Gustav Manz und Barbara Manz wurden freigesprochen.

Unfälle. In Forst verunglückte der Arbeiter Heppner in der Fabrik von Fr. Schmidt dadurch, daß er mit der linken Hand in einen Krempel geriet. H. wurde sofort ins Krankenhaus eingeliefert. Wie uns berichtet wird, soll die Hand abgenommen werden.

Einen ähnlichen Unfall erlitt in Mülhausen i. E. der Spinner Josef Thuet. Er kam in der Kammgarnspinnerei Läderich mit der rechten Hand in eine Maschine, wobei ihm die Hand so schwer verletzt wurde, daß er in das Hasenrainhospital gebracht werden mußte.

Konkurse. Das Konkursverfahren eröffnet wurde in Lichtenstein-Callenberg über das Vermögen des Strumpfwarenfabrikanten Adolf Römer, Firma Grosse u. Klemmen Nachfolger, und über das Vermögen des Handschuhfabrikanten Robert Anton Sohre, Inhaber der Firma Paul Sohre.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der September und das 3. Quartal nach dem Reichsarbeitsblatt: Krankenkassenziffern, Arbeitslosenstatistik, Industrieberichte.

Die Ueberblicke für den Monat September, welche soeben das „Reichsarbeitsblatt" bringt, bestätigen im großen und ganzen das dauernd ungünstige und sogar zunehmend sich verschlimmernde Bild, das den Arbeitern der verschiedensten Berufe, durch bittere Erfahrungen am eigenen Leibe, bekannt ist.

Wir greifen zunächst die Zu- und Abgänge bei den Krankenkassen heraus. Scheidet man, um einheitliche Vergleiche zu ermöglichen, den Wechsel der berichterstattenden Kassen aus, nimmt man also nur die in beiden Jahren an der Statistik beteiligten gleichen Kassen zur Grundlage, so ergeben sich männliche versicherungspflichtige Mitglieder

	am 1. September	am 1. Oktober
1907 . .	3 251 026	3 249 995
1908 . .	3 159 300	3 156 209
also 1908 weniger	91 726	93 786

Das ist ein ganz enormer Abfall, da binnen Jahresfrist, der allgemeinen Bevölkerungszunahme entsprechend, sogar etwa 47 000 männliche Erwerbstätige und darum Versicherungspflichtige mehr sich ergeben müßten. Umgekehrt steht es allerdings bei den weiblichen Mitgliedern. Hier waren versicherungspflichtig:

	am 1. September	am 1. Oktober
1907 . .	1 257 847	1 269 469
1908 . .	1 277 844	1 299 658
also 1908 mehr	19 997	30 189

Etwa 15 000 wären hier zwar binnen Jahresfrist lediglich **als** naturgemäßer Zuwachs zu rechnen. Aber die tatsächliche Mehrbeschäftigung von Frauen und Mädchen geht noch darüber hinaus. Einmal spiegelt sich in diesem Resultat die alte Erfahrung wider, daß das Kapital in kritischen Zeiten mit Vorliebe die billigere weibliche Arbeitskraft behält und neu heranzieht, soweit Männer- und Frauenarbeit in Konkurrenz stehen und sich gegenseitig ersetzen können.*) Jedoch ist es selbstverständlich, daß damit nur ein Teil des Zifferngegensatzes zwischen Mannern und Frauen erklärt ist. Für die letzten Monate fällt weiter und sogar überwiegend in die Wagschale, daß bestimmte Saisongewerbe, in denen gerade die Frauenarbeit besonders heimisch ist, in den letzten Wochen wieder einmal eine Mehrbeschäftigung brachten. „Von besonderem Einfluß," lesen wir im „Reichsarbeitsblatt", „war in diesem Monat der verstärkte Fortgang der Saison in den Bekleidungsgewerben sowie die im Herbst zutage tretende Belebung des Handelsgewerbes . . . Unter den (Berliner) Ortskrankenkassen weisen vor allem die Kassen, die den einzelnen Zweigen des Bekleidungsgewerbes angehören, im Zusammenhang mit dem Beginn der Wintersaison, eine erhebliche Zunahme auf. Im Handelsgewerbe bewirkte das in verstärktem Umfang einsetzende Herbstgeschäft eine Vermehrung der Kassenmitglieder." Für die Abnahme der männlichen Mitglieder wird vor allem als maßgebend bezeichnet: die unveränderte Abflauung der Baugewerbe, die rückläufige Strömung in einigen Zweigen der Großindustrie, namentlich in der Eisen- und Maschinenindustrie, weiter, obwohl in geringerem Grade, in der chemischen Industrie — alles Gebiete mit ausschließlicher und stark vorwiegender Männerbeschäftigung.

Zweitens sammelt und verarbeitet unsere amtliche Statistik seit 1903 die Arbeitslosenziffern der Fachverbände. Wie lauten hier die letzten Ergebnisse? Die berichterstattenden Arbeiterfachverbände hatten Ende September mit folgenden Prozentsätzen der Arbeitslosen zu rechnen:

*) Weitere Einzelheiten aus allen diesen Statistiken in meiner Schrift „Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis". Berlin, Vorwärts-Buchhandlung.

können etwa durch schlechte Blätter in einer Jacquardkarte, welche ausgebunden werden müßten, oft einige Meter Ware verdorben werden. Das Gefährliche in diesem Falle liegt darin, daß das bewußte schlechte Blatt einigemal richtig bringt und dann plötzlich wieder einmal versagt. Da solche Fehler in der gespannten Ware nicht immer mit der Deutlichkeit zutage treten, wie dies außer Stuhl der Fall ist, so läßt sich der Arbeiter oft zum Weiterarbeiten verleiten, wenn nicht gleich bei der ersten Meldung von dem Meister Abhilfe geschafft wird. **Dafür arbeitet er eben nach „Brot" und ist auf die möglichste Ausnützung der Arbeitszeit angewiesen.** Ferner ist ihm bekannt, daß, wenn etwa nach einer Stunde nochmals um Abhilfe ersucht wird, **eine wenig zärtliche Abfuhr seitens des Meisters erfolgt.**

Genau so liegen die Verhältnisse bei einer großen Anzahl ähnlicher „kleiner" Fehler, z. B. bei Unterschießern, hervorgerufen durch Verziehen eines Schaftes oder auch Verstellung der Wechselstelze usw., ferner auch bei Schußbrüchen, entstanden durch Klemmen der Schußgabel usw. usw. Können nicht zuletzt auch Fadenbrüche und dadurch entstehende Nester auf gleicher Ursache beruhen?

Wieviele dieser Fehler könnten nicht vermieden werden, wenn ein Stuhlmeister nicht immer nur dann an einen Stuhl gehen würde, wenn er von einer Arbeiterin oder einem Arbeiter dazu aufgefordert wird.

Gerade emsigen Arbeitern kommt es auf einige mehr oder weniger einzuziehende Faden nicht an. Bei dem Bestreben, möglichst jeden Tag die richtige Anzahl Meter herzustellen, nehmen sich dieselben häufig gar keine Zeit, den Meister wegen einigen Faden, die „vielleicht" nur vorübergehend mehr als sonst reißen, zu interpellieren. Mit wie wenig Mühe lassen sich aber oft gerade solche Störungen vermeiden bezw. beseitigen. Häufig ist es mit der Veränderung des Faches, Befeilen und Abreiben des Schützens, manchmal auch des Blattes bereits abgetan. Ein gewissenhafter Werkmeister, der sich bemüht, den Bedürfnissen und Schwächen seiner Arbeiter entgegenzukommen, ist also bei der Herstellung fehlerfreier Ware ebenso Bedingung wie ein ordentlicher Arbeiter selbst.

Nun handelt es sich aber bei der Beurteilung eines Fehlers darum, wessen Konto damit zu belasten ist. Daß sich in einem solchen Falle jeder schüttelt, **so daß zuletzt nur der Arbeiter übrig bleibt, ist bekannt.**

In den Fällen, wo dem Arbeiter nicht die alleinige Schuld an fertig gewordener fehlerhafter Ware beizumessen ist, kann derselbe als doppelt bestraft gelten. Denn erstens ist ihm doch bereits durch den nicht in Ordnung befindlichen Stuhl bezw. durch die dadurch hervorgerufenen Stillstände ein Verdienst entgangen, **zweitens erhält er noch einen Abzug.** Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn durch solche Vorkommnisse sonst ganz gute Arbeiter **zu den gehässigsten Wühlern** werden, die unter Umständen durch ihre Treibereien die ganze Arbeiterschaft eines Betriebes irritieren können.

Eine Bestrafung hätte also, wenn die Schuld des Arbeiters nicht unbedingt feststeht, zu unterbleiben. Es müßte auf eine gerechte Durchführung der Strafen gesehen werden.

Nun gehören aber, wie schon erwähnt, jene Menschen zu den Seltenheiten, welche sich ohne weiteres als schuldig bei einem begangenen Fehler bekennen. Es würde also in den meisten Fällen eine große Debatte betreffend des wirklich Schuldigen notwendig sein.

Um derselben überhoben zu sein, ordnete ich folgendes an: „Bei vorkommenden Störungen (also auch bei außergewöhnlich starkem Fadenreißen), welche der Arbeiter nicht selbst zu beheben imstande ist, hat das Weiterarbeiten solange zu unterbleiben, bis Abhilfe durch den Stuhlmeister erfolgt."

Für außergewöhnlich langes Warten, hervorgerufen durch eine zeitweise Ueberlastung des Meisters, bewilligte ich kleine Vergütungen an die Arbeiter. Außerdem veranlaßte ich dieselben, in solchen Fällen mir Mitteilung zu machen. Dadurch war ich häufig in der Lage, dem Meister einen Teil weniger wichtige Arbeiten abzunehmen und durch andere ausführen zu lassen. Es wurde dadurch vermieden, daß sich die Stillstände allzu lange ausdehnten.

Mit dem Erfolg dieser Einrichtung konnte ich tatsächlich sehr zufrieden sein. Kamen vorher noch einige fehlerhafte Stücke von nicht ganz einwandfreien Arbeitern zur Ablieferung, so konnte ich nunmehr auch von diesen auf fehlerfreie Ware rechnen.

Durch diese Methode bin ich aber auch noch zu einer anderen wertvollen Einsicht gekommen. Bei einem Teile der Arbeiter — den unverbesserlichen Ramschern —, war auch bei dieser Maßnahme noch keine durchweg fehlerfreie Ware zu bekommen, Trotz der Abzüge und trotz der durch Warten auf den Meister gewährten Vergütungen. Bei diesem Teil der Arbeiterschaft hatte ich aber bei der Bestrafung keine Differenzen. Denn es war erwiesen, daß hier nur der Arbeiter der schuldige Teil war.

Seit dieser Zeit unterscheide ich drei Klassen von Webern:

1. Solche, die durch ihre Gewissenhaftigkeit und ihren Eigensinn direkt für die Weberei wie geschaffen sind;
2. solche, denen es keine Schwierigkeiten bietet, sich vorstehende Eigenschaften zuzulegen und die demnach bei richtiger Handhabung ganz brauchbare Arbeiter werden;
3. in diejenigen, bei denen jeder Versuch zur Besserung an der Gedankenlosigkeit und dem Leichtsinn, wie auch der Gleichgültigkeit scheitert.

Nachdem ich also bei den Arbeitern aus Klasse 3 jeden Gedanken auf Besserung — auch durch Strafen — aufgegeben habe, könnte die Frage aufgeworfen werden, ob denn Strafen für eine Weberei unbedingt nötig sind. Ich meine ja! Einen Teil der Arbeiter kann man tatsächlich dadurch erziehen.

Für die Unverbesserlichen hingegen wäre es das richtigste, dieselben zu entlassen, damit sich dieselben eine passendere Beschäftigung zulegen könnten. Das kann man aber doch in Wirklichkeit erst dann, wenn dieselben tatsächlich als unverbesserlich erkannt wurden. Es wäre doch auch möglich, daß man Arbeiter aus Klasse 2 vor sich hat.

Bei derartig zweifelhaften Kräften ist als einziger Ausweg eine fleißige Kontrolle der Ware im Stuhl seitens des Aufsichtspersonals zu bezeichnen. Hierdurch wird wenigstens das Entstehen größerer Fehler vermieden. Ferner kann man sich auch über die Fähigkeiten der betreffenden Person viel schneller ein zutreffendes Urteil bilden.

Da man ferner in einer Weberei nicht durchweg gleich eigensinnige Waren herstellt, ist ein anderer Grund, die sogenannten Ramscher nicht zu jederzeit kurzer Hand zu entfernen. Dieselben können bei Arbeitermangel an einem mit gröberer Ware belegtem Stuhl immer noch befriedigendes leisten.

Solche Ausführungen atmen mehr Gerechtigkeitssinn, wie jene Strafukase, wie wir sie kürzlich zum Abdruck brachten. Es wird kein organisierter Arbeiter etwas einwenden, wenn Personen zum Ersatz des Schadens herangezogen werden, die diesen Schaden verschuldet haben. Würde man sich auf diese Fälle mit den Strafen beschränken und würde man vor allen Dingen in der vorstehend von Herren H. R. befürworteten Weise den Ursachen der Fehler auf den Grund gehen, dann würde das Kapitel „Fehlerstrafen" weit weniger Veranlassung zu Erbitterung geben **und man würde dadurch weit mehr fehlerfreie Ware bekommen wie durch das rigorose Fehlerstrafen.**

Ein Verdammungsurteil der „Gelben" aus Unternehmermunde.

In dem Arbeiter-Jahrbuch der „Hilfe" ergreift der liberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Manz-Bamberg das Wort, um ein Urteil über die Spottgeburt der Scharfmacherverbände, die gelben Gewerkschaften, abzugeben. Herr Manz ist selbst ein organisierter Unternehmer, wenn wir nicht irren, ist es der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in der Schuhindustrie; sein Urteil über die „Gelben" dürfte daher auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als sehr beachtenswert zu gelten haben. Einige Schiefheiten in seinem Urteil über die angeblich rücksichtslose und erbitterte Kampfesart der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse usw. können die sonst zutreffenden Ansichten über die „Gelben" nicht trüben. Herr Manz führt folgendes aus:

„In der Entwickelung der deutschen Arbeiterorganisationen tritt seit einigen Jahren eine neue Gattung in die Erscheinung, die man zuerst kurzweg „die Gelben" nennt und die mehr die Form von Vereinen, wie Werksvereine oder Arbeitervereine haben, also eigentlich gar nicht als Gewerkvereine angesprochen werden können. Sie sind meist bemüht, ein harmloses Dasein zu führen, stellen vielfach an die Spitze ihrer Bestrebungen überaus nützliche Dinge, wie Unterstützung für Krankheits- und Sterbefälle, Alterspensionen, pflegen daneben auch die Geselligkeit, singen und turnen. In der Haupttendenz aber machen sie offen oder versteckt Politik, indem sie die bestehenden selbständigen Gewerkvereine zu untergraben suchen. . . . Die Entstehung und namentlich das rasche Emporschießen der gelben Vereine ist unzweifelhaft auf die rücksichtslose und erbitterte Kampfesart zurückzuleiten, mit der die Sozialdemokratie, insonderheit einzelne Organe der sozialistischen Gewerkschaften und die Arbeiterpresse vorgegangen waren. . . . Das bereitete den Boden vor für die Entstehung der neuartigen Organisationen, die in den verschiedensten Formen und wohl meistens auf Anregung der Arbeitgeber ins Leben traten, hier als Werkvereine, nationale oder vaterländische Vereine, dort als Spar- und Prämienvereine oder mit dem sonderbaren Namen: Verein unorganisierter Arbeiter. Nicht alle diese Spielarten dürfen in bezug auf ihre Tendenz in einen Topf geworfen werden. . . . . Zu unterscheiden haben wir lediglich und mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder versteckt — auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht, und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder abspenstig macht und ihnen bei Gelegenheit in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als **Verräter der Arbeiterrechte** zu tragen.

Beklagenswert ist es, daß mancher gutgesinnte Arbeitgeber in Bitterkeit über erlittene Unbill oder weil er die Tragweite seines Handelns nicht zu überblicken vermochte, es zuließ oder es veranlaßte, daß Eiferer oder oftmals „bekehrte Sozialisten" dem bis dahin einwandfreien Werkverein den giftigen gelben Einschlag gegeben haben. Noch ist es Zeit, eine reinliche Scheidung vorzunehmen und sich von dem Verdachte zu reinigen, als ob man bei der gewiß berechtigten Bekämpfung der zersetzenden sozialdemokratischen Propaganda so weit über das Ziel schießt, daß man das wichtigste Recht des Arbeiters, das Recht des Zusammenschlusses zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen verkümmern oder gar untergraben wolle.

Daß diese schlimmen Folgen bei den gelben Organisationen notwendigerweise eintreten müssen, auch wenn dieser Endzweck aus den Satzungen häufig nicht ersichtlich ist, darüber besteht nicht der leiseste Zweifel mehr. Sind doch eine große Anzahl derselben von den Fabrikherren selbst oder in ihrem Auftrag und mit ihrem Gelde gegründet worden und vielfach geben die Satzungen darüber klaren Aufschluß. Die Arbeiter sollen von den wirklichen Gewerkvereinen ferngehalten und wenn sie solchen angehören, zum Austritt veranlaßt werden. Nicht selten werden Reverse verlangt, in denen der Arbeiter anerkennt, „daß er irgendwelchen Gewerkschaften oder sonstigen Berufsvereinen weder zurzeit angehört noch in Zukunft angehören wird" oder „daß er keiner Organisation angehören darf, die in Fällen von Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen an ihre Mitglieder zahlt und daß er auch keine dieser Organisationen in irgendeiner Form unterstützen darf". Also eine förmliche Knebelung findet statt, damit im Falle des Ausbruchs eines Streiks die Arbeiter von der Teilnahme ausgeschlossen oder vielleicht sogar bereit sind, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen.

So waltet hier nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, **verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetze gewährleistetes Koalitionsrecht,** während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber von dem gleichen Recht für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einen mächtigen Unternehmerverband zusammenschließen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gedanke geht ihm dabei völlig verloren.

Wie in gewissen Kreisen der Unternehmer das Interesse für die Gelben wachgerufen und gepflegt wurde, das verrät die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" in nicht mißzuverstehender Weise, indem sie schreibt: „Die Arbeitgeber werden gut tun, dieser Bewegung eine wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken. Sie dürfen aber den Fortgang der Bewegung durch die Maßnahmen von ihrer Seite nicht forcieren, denn die Bewegung würde verkümmern, wenn sie allein aus solcher künstlichen Förderung durch die Arbeitgeber hervorwachsen soll." Das läßt deutlich erkennen, wohin der Weg führt, damit dem Arbeiter die Koalitionsfreiheit verloren geht, ohne daß es ihm recht zum Bewußtsein kommen soll. Hier und da ein Zuckerbrot eine Spende in die Kasse des Vereins und hinterdrein die **Peitsche** in der Form eines Abhängigkeitsverhältnisses, das den Arbeiter zu einem Lohnsklaven erniedrigt.

Glauben diese Arbeitgeber wirklich allen Ernstes, daß sie sich in dieser Weise auf die Dauer ihre Arbeiter gefügig machen können oder daß sie mit dieser Methode die sozialistische Bewegung mit Erfolg bekämpfen? **Bei dem ersten kräftigen Anstoß gehen diese „willenlosen Lämmer" in hellen Haufen ins feindliche Lager über und werden sich ungebärdiger zeigen wie die anderen.** Darum ist es zugleich unklug und es wird sich eines Tages bitter rächen, wenn der Arbeitgeber sich unbefugterweise in die Organisationen der Arbeiter mengt und ihr eine seinen Sonderinteressen entsprechende Richtung zu geben sucht.

Dem Arbeiter muß das Recht zugesprochen werden, sich durch Zusammenschluß eine unabhängige Organisation zu schaffen und sich damit gegen eine ungebührliche Ausbeutung der Arbeitskraft zu schützen. In gleicher Weise nehmen die Arbeitgeber für sich das Recht in Anspruch, Berufsverbände zu bilden, um gegebenenfalls den unberechtigten oder übermäßigen Forderungen der Arbeiter gegenüber einen Widerstand zu leisten. . . ."

Herr Manz hat da zweifellos die „Gelben" richtig bewertet. Die Zukunft wird es schon lehren, daß man die gesunde Vernunft auf die Dauer nicht auf den Kopf stellen kann. Wenn der erste Rausch wird verflogen sein, wenn die durch jene Zwangsmittel in die gelben Vereine gepreßten Arbeiter sehen werden, daß sie nicht auf ihre Rechnung kommen, wenn man in jenen Arbeiterkreisen, infolge der sich fortwährend verschärfenden Klassengegensätze zwischen Kapitalismus und Proletariat, einsehen wird, daß sie in konkreten Fällen gegen ihre eigenen Interessen wüten sollen, um dem ausbeutenden Kapital ihr Lebensglück zu opfern — an Aufklärung nach dieser Seite wird es ja von seiten der organisierten Arbeiterschaft aus nicht fehlen — dann wird, dessen sind wir sicher, die gesunde Natur, das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft siegen und die dann zur Erkenntnis gekommenen Arbeiter, die sehen werden, in welch schmachvoller Weise sie von den Ausbeutern moralisch und wirtschaftlich gemißhandelt worden sind, jene Arbeiter werden einmal mit die zähesten Kerntruppen werden in dem Kampfe um Beseitigung der Lohnsklaverei. Mag daher auch heute in den Reihen der organisierten Arbeiter bezüglich der gelben Vereine eine sehr erklärliche Erbitterung bestehen, so darf deshalb doch niemals aus dem Auge gelassen werden, daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiter in den gelben

---

1903	2,3	Prozent
1904	1,8	„
1905	1,4	„
1906	1,0	„
1907	1,4	„
1908	2,7	„

Zurück bis zum Beginne dieser Aufnahmen, bis zum Jahre 1903, ist demnach die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr diesmal die größte gewesen. „Gegenüber Ende September 1906 mit 1,0 Proz. hat sie sich nahezu verdreifacht, gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt." Bezeichnender wie die einzelnen Stichtage, bei denen immerhin der Zufall eine große und wechselnde Rolle spielen kann, sind die gesamten Fälle der Arbeitslosigkeit während eines Vierteljahres. Diese „Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals" betrug diesmal, von Anfang Juli bis Ende September, 9,6 Proz. Dies ist die größte bisher gefundene Ziffer. Es kamen auf 100 Mitglieder im Quartal Fälle von Arbeitslosigkeit insgesamt

	1906	1907	1908
im 1. Quartal . . .	6,4	6,5	9,2
„ 2. „ . . .	6,1	6,1	9,4
„ 3. „ . . .	5,4	6,8	9,6
„ 4. „ . . .	5,7	7,1	—

Die heftige Rückströmung hat hiernach mit dem dritten und vierten Quartal 1907 begonnen, sich seit 1908 jedoch noch viel schärfer ausgeprägt. Störend ist dabei, daß die berichterstattenden Verbände nicht immer die gleichen blieben. Greift man diesmal und im Vorjahre lediglich die verfügbaren gleichen Organisationen heraus, so erscheint die Verschlimmerung noch größer: gegen 6,9 Proz. Arbeitslosenfälle im dritten Quartal 1907 10,2 Proz. für das diesjährige Quartal. Wegen der verschieden starken Organisationsbeteiligung von Männern und Frauen darf man hier vielleicht auf die nach Geschlechtern getrennten Ziffern keinen besonderen Nachdruck legen. Doch erwähnen wir die Durchschnitte der Arbeitslosenfälle: bei den männlichen Mitgliedern 9,8 Proz., bei den weiblichen Mitgliedern 6,6 Proz.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer betrug, für die gleichen Verbände gerechnet: 18,7 Tage für das 3. Quartal 1908 gegen 16,4 Tage für das bereits wenig erfreuliche 3. Quartal 1907.

In den vom „Reichsarbeitsblatt" aufgeführten Septemberberichten der Industrie erscheinen als besonders schlimm: die Bautätigkeit, große Zweige der Textilgewerbe, die Schuhindustrie, mehrere chemische Branchen, die Spielwarenherstellung, wenigstens des Sonneberger Bezirks, die Papierfabrikation, die Buchdruckerei. Unter anderem heißt es hier: „Die Hoffnung, daß sich die Bautätigkeit bessern würde, hat sich im allgemeinen nicht erfüllt. Trotz dem Sinken des Diskontsatzes war die Lage im Baugewerbe mittelmäßig und durchweg ungünstiger als im Vorjahr. Fast überall, insbesondere in Berlin, trat ein außerordentliches Ueberangebot an Arbeitskräften zutage . . . In den Eisengießereien wies die Lage gegenüber den Vormonaten kaum eine Aenderung auf; die Abnahme von Bauguß wurde durch die unbefriedigende Bautätigkeit vielfach gehemmt; fast überall übertraf das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage . . . In der Roheisenerzeugung war die Lage nach wie vor unbefriedigend. Der Verkauf des Roheisens stockt andauernd, die Roheisenvorräte werden immer größer. In vielen Hütten, insbesondere Westdeutschlands, wird einem Bericht zufolge mit einer Betriebseinschränkung von über 50 Proz. gearbeitet. An Arbeitskräften war hier demgemäß ein Ueberangebot vorhanden . . . In der allgemeinen Lage des Ruhrkohlenmarktes trat im September unverkennbar eine Abschwächung ein. Die schon im Vormonat in die Erscheinung getretene Abnahme der Abrufe seitens der Industrie hat weiter angehalten, die Lagerbestände haben sich dadurch vielfach vergrößert. Wegen verschiedentlich auftretender Absatzschwierigkeiten mußten vereinzelt Feierschichten eingelegt werden . . . Die Lage in der Baumwollspinnerei war nach wie vor ungünstig; sie hat sich vielfach infolge des Mangels jeglicher Kauflust weiter verschlechtert. Unter diesen Umständen werden die bereits im Vormonat gemeldeten Betriebseinschränkungen im allgemeinen beibehalten . . . In den Webereien für halbwollene Futterstoffe dauerte die seit Anfang des Jahres eingetretene Verschlechterung unverändert an. In sämtlichen Betrieben wird sowohl mit verkürzter Arbeitszeit als auch mit geringerer Stuhlzahl gearbeitet . . . In der schlesischen Tuchfabrikation läßt der Eingang der Bestellungen auf Sommerware 1909 außerordentlich viel zu wünschen übrig. Ganz besonders ungünstig ist die Lage für die sogenannten englischen Tuchfabriken, die Gewebe aus baumwollener Kette und kunstwollenem Schuß erzeugen. In der schlesischen Wollwarenfabrikation trat eine weitere Verschlechterung ein; ein Teil der Arbeiterinnen der Hausindustrie fand keine Beschäftigung. In der Krefelder Samtweberei trat eine weitere Verschlechterung zutage, so daß fast allgemein Verkürzungen der Arbeitszeit stattfanden; hier war ein Ueberangebot von Arbeitern vorhanden . . . Wie aus der Spielwarenindustrie des Sonneberger Bezirks berichtet wird, ist das amerikanische Geschäft jetzt zum Stillstand gekommen, dabei hat sich ergeben, daß übergroße Lager von Waren noch vorhanden sind, die nunmehr außerdem außer Mode sind. Der Export nach Südamerika, namentlich Chile, war ganz besonders schlecht, ein Rückgang zeigte sich auch im Versand nach England und im Inland. Namentlich bei den Hausindustriellen herrscht Mangel an Arbeit . . . Die unbefriedigende Lage in der Schuhindustrie hat nach der Mehrzahl der Berichte angehalten, sie war fast durchweg ungünstiger als im Vorjahr . . . In der Papierindustrie hielt die Abflauung des Geschäfts, von der schon in den vorhergegangenen Monaten zu berichten war, im September an und erfuhr stellenweise noch eine weitere Verschlimmerung. Wie insbesondere aus der Druckpapierfabrikation berichtet wird, ist die Lage um so ungünstiger, als die nicht genügend beschäftigten Fabriken versuchen, durch Preisunterbietungen Aufträge heranzuziehen. Einige Druckpapierfabriken mußten infolge ungenügender Beschäftigung ihren Betrieb einschränken . . . Die Hoffnung, daß mit dem Eintritt des Herbstes die Beschäftigung in den Buchdruckereien besser werde, hat sich, von den Zeitungsbetrieben abgesehen, bis jetzt nicht erfüllt. So war z. B. beim Leipziger Arbeitsnachweis die Zahl der Angemeldeten seit Jahren nicht so hoch wie jetzt. Von 347 im Laufe des Monats beim Arbeitsnachweis eingetragenen Setzern erhielten 188 Beschäftigung, von 125 Druckern 68. Abzüglich der Abgereisten und Erkrankten blieben am Schlusse des Monats 149 Setzer und 55 Drucker arbeitslos. Auch in Berlin stieg immer noch die Zahl der arbeitslosen Setzer und Maschinenmeister. Sie betrug im Durchschnitt pro Woche 783 (gegen 751 im Vormonat)."

Daneben stehen jedoch eine ganze Reihe unerschütterter oder zeitweilig bereits wiederbelebter Industrien. Ferner haben junge aufstrebende Bezirke, wie Schlesien in Kohle und Eisen, viel länger und viel besser als der Westen ihre Stellung bewahrt, und davon sind abermals auf die dortigen Baugewerbe günstige Rückwirkungen ausgegangen, wie man sie anderwärts kaum kennen gelernt hat. Es scheint überhaupt, als ob die diesmalige Krisis nicht so allgemein-gleichmäßig, dafür aber in Einzelbranchen um so tiefer sich festnisten wolle.

Berlin, 1. November 1908. **Max Schippel.**

Vereinen keine schlechten Subjekte, **sondern nur irregeleitete und dem Terrorismus der Unternehmer sich beugende Klassengenossen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind.** Sie auf den Weg der Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen und die vom Terrorismus der Unternehmer Geknebelten aus den Klauen dieses Terrorismus zu befreien, das muß die Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sein. Daher warnen wir unsere Mitglieder davor, ihrer Erbitterung dadurch Ausdruck zu geben, daß sie sich in dem Kampfe gegen die „Gelben" gegen die einzelnen, im Kampfe nicht hervortretenden Mitglieder wenden. Wir bekämpfen nur das System der gelben Gewerkschaften und natürlich diejenigen „Gelben", die sich agitatorisch als Träger dieses Systems gebärden. Im übrigen aber merke man sich, daß man durch harte Worte, und mögen sie noch so berechtigt sein, gegen irregeleitete Personen niemals etwas ausrichten wird. **Nicht Schimpfen, sondern Aufklären, das ist das einzige Mittel, mit dem wir die gelben Gewerkschaften überwinden werden.**

Friedensschluß in der Lancashirer Baumwollindustrie.

Ein Telegramm des Wolffschen Telegraphenbureaus meldet:

Manchester, 6. November. Die Lohnstreitigkeiten zwischen den Baumwollspinnereibesitzern und den Arbeitern, die mehrere Monate dauerten und in Lancashire große Not verursachten, sind heute beigelegt worden. **Die Spinnereien eröffnen am Montag ihren Betrieb wieder.**

Wie hierzu noch weiter mitgeteilt wird, haben sich die Baumwollarbeiter im Prinzip damit einverstanden erklärt, eine zweite Abstimmung über die Vorschläge der Unternehmer, daß vom 1. Januar 1909 ab eine fünfprozentige Lohnerhöhung eintreten solle, vorzunehmen. Noch in den letzten Tagen schien es, als sollte sich der Kampf noch weiter hinziehen und noch erbitterter werden. Bekanntlich war von Anfang an die Taktik der Arbeiter keine einheitliche. Das lag wohl an den organisatorischen Verhältnissen. So gut im allgemeinen auch die englischen Baumwollarbeiter organisiert sein mochten, die Aktionsfähigkeit ihrer Organisation mußte in kritischen Momenten in die Gefahr geraten, die Einheitlichkeit zu verlieren, **weil die Spezialisierung im Organisationswesen eine zu große ist.** Die englischen Textilarbeiter haben keine solche zentrale Organisation, wie sie der deutsche Textilarbeiter-Verband darstellt, sondern sie sind nicht nur nach Branchen, sondern nach Branchenabteilungen organisiert, welche jede, unabhängig von der anderen, eine Leitung mit völlig selbständiger Initiative besitzt. Das ist den englischen Textilarbeitern in diesem Kampfe zum Verhängnis geworden und dürfte wohl nun dazu führen, die Zersplitterung aufzugeben **und eine feste Zentralorganisation zu schaffen.** In dem jetzt beendeten Kampfe traten von Anfang an besonders zwei Gruppen hervor: der Spinnerverband und die Organisation der Kardensaalarbeiter. Die Arbeiter beider Organisationen sind Baumwollspinnereiarbeiter, die, anstatt einheitlich zu operieren, eben deshalb, weil sie in zwei selbständige Organisationen getrennt waren, von vornherein in diesem Kampfe eine einander entgegengesetzte Taktik einschlugen. Worauf kam es denn den Unternehmern bei ihren Operationen gegen die Arbeiter in erster Linie an? Nun, sie wollten einen Kampf provozieren, um eine Gesundung des Marktes herbeizuführen, der durch die Ueberproduktion an Halb- und Fertigerzeugnissen in völlige Stagnation geraten war. Er litt sozusagen an Blutüberfülle und brauchte einen Aderlaß. Die Haussejahre von 1905 bis 1907 hatten zahlreiche Neugründungen von Baumwollspinnereien im Gefolge; es wurden in den letzten zwei Jahren 145 neue Spinnereien gegründet mit rund 10 Millionen Spindeln, wodurch die Gesamtzahl der englischen Spindeln auf 55 Millionen stieg (die Gesamtzahl der Spindeln in der ganzen Welt beträgt 130 Millionen). Von diesen neugegründeten 145 Spinnereien wird eine Anzahl voraussichtlich gar nicht in Betrieb kommen, und ein großer Teil von ihnen ist schon jetzt dem Untergang geweiht. Auf jeden Fall drückte aber ihre bloße Existenz auf den Markt, und bereits im Herbst v. J. war es klar, daß eine Produktionseinschränkung in der Baumwollindustrie vorgenommen werden müsse. Die Spinnereibesitzer forderten deshalb, unter Hinweis auf die ungünstige Lage des Marktes, daß zum 1. Januar 1909 auf jeden Fall eine 5prozentige Lohnherabsetzung eintrete, einerlei, ob sich etwa inzwischen die Marktlage gebessert haben sollte oder nicht.

Die Organisation der Spinner hatte offenbar die Absichten der Unternehmer besser durchschaut, hatte durchschaut, daß den Unternehmern bei den überall gefüllten Lagern und der allgemeinen schlechten Konjunktur ein Stillegen der Betriebe höchst willkommen sein mußte, daß aber bei einem Kampf unter solchen Umständen für die Arbeiter ein Erfolg schwerlich herauszuholen war. Es war bei dieser Organisation daher mehr Neigung vorhanden, dem Kampfe durch ein Kompromiß aus dem Wege zu gehen. Man erklärte sich daher bei dieser Organisation mit einer fünfprozentigen Lohnreduzierung vom 1. Januar 1909 einverstanden, wenn es sich ergeben sollte, daß der Geschäftsgang noch ein schlechter sei. Davon wollten allerdings die Unternehmer nichts wissen; sie verlangten die Lohnreduzierung auf alle Fälle. Die Spinnerorganisation ließ nun noch einmal abstimmen und hierbei erklärten sich 73,67 Proz. der Mitglieder gegen die Lohnreduzierung. Da aber nach dem Statut 80 Proz. der Verbandsmitglieder zur Streikerklärung erforderlich sind, so hatte sich also die Organisation der Spinner, wenn auch mit einer sehr großen Minorität, gegen den Streik erklärt. Anders die Organisation der Karderiearbeiter. Die Leitung dieser Organisation hat offenbar die Absicht der Unternehmer nicht erkannt, dafür aber um so mehr die Situation für einen erfolgreichen Kampf verkannt. Sie ließ ihre Mitglieder nicht mehr abstimmen und damit kam der Kampf. Die Folge dieser gegenseitigen Entschließungen war dann noch eine heftige Befehdung der Bruderorganisationen, wodurch den Unternehmern beträchtliche Blößen gezeigt wurden, die die Unternehmer in ihrem nunmehrigen Kampfe sicher machten. Das zeigte sich, als durch Vermittelung der Generalföderation der Gewerkvereine die Karderiearbeiter sich dazu bereit erklärten, die fünfprozentige Lohnreduzierung der Unternehmer für eine Periode von drei Monaten anzunehmen, nach welchem Zeitraum die Lage von neuem geregelt werden sollte. Den Unternehmern wurde das Anerbieten unterbreitet. Sie lehnten es aber ab und verwarfen auch die Vermittelung der Generalföderation. Sie stützten sich bei ihrer Ablehnung auf das Brooklandsabkommen, nach dem jede Lohnveränderung zwölf Monate in Kraft sein muß. Ihre Haltung erscheint aber erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß, als die Arbeiter in der Hochkonjunktur eine Lohnerhöhung verlangten, die Unternehmer sich gar leicht über das Brooklandsabkommen hinwegsetzen konnten und sich mit den Arbeitern über eine Erhöhung von dreimonatlicher Dauer einigten.

Inzwischen waren an die 250 000 Arbeiter arbeitslos geworden. Immer deutlicher trat zutage, daß das Objekt des Kampfes die großen Opfer desselben nicht rechtfertige.

Die Arbeiter haben in den sieben Wochen, welche die Betriebsunterbrechung dauerte, allein durch Lohnverlust so viel eingebüßt, als ihr Minderverdienst bei 5prozentiger Lohnherabsetzung in 2½ Jahren ausmachen würde; infolgedessen herrschte natürlich unter ihnen, nachdem man ihnen die Richtigkeit dieser Ziffern bewiesen hat, keine starke Kampfstimmung mehr und der Friedensschluß war damit gesichert. Er bedeutet im wesentlichen einen Sieg der Arbeitgeber, welche die von ihnen beabsichtigte Gesundung des Marktes, die sie erstrebten, durchgeführt haben.

Für die Arbeiter dürfte der Verlauf und das Ende des Kampfes eine bittere Lehre sein. Hätten die Spinnereiarbeiter nur eine Organisation gehabt, so wäre ihnen wohl diese bittere Lehre erspart geblieben. Obzwar wir von allem Anfang an, bezüglich des Gelingens dieses Kampfes, sehr pessimistisch gestimmt waren und uns dieser Ausgang desselben auch gar nicht überrascht, so bedauern wir doch im Interesse der allgemeinen internationalen Textilarbeiterbewegung, wie natürlich auch im Interesse unserer englischen Kollegen, daß dieser Ausgang des Kampfes gekommen ist. Den Feinden der Organisation wird das wieder Stoff zu den tollsten Verdrehungen und Entstellungen geben, um der Textilarbeiterbewegung zu schaden. Indessen, wenn die englischen Kollegen aus dem verlorenen Kampfe die Erkenntnis gewonnen haben, **daß an die Stelle der Zersplitterung der Organisation die Zusammenführung der Kräfte in einer Zentralorganisation erfolgen muß,** dann werden die hohen Opfer doch nicht umsonst gebracht worden sein.

Den Unternehmern hat dieses Mittel zur „Gesundung des Marktes" natürlich auch ganz enorme Verluste gebracht, und sie dürften sich wohl auch fragen, ob das Mittel denn nicht doch etwas sehr kostspielig gewesen ist. Die Verluste, welche die Spinnereiindustrie durch die Betriebsunterbrechung erleidet, beziffern sich auf rund **30 bis 40 Millionen Mark** wöchentlich. Man beziffert das in den Spinnereien angelegte Kapital auf zirka eine Milliarde Mark. 1200 Millionen Mark beträgt der Wert des jährlich verbrauchten Rohmaterials, welches durch die Verarbeitung einen Großhandelswert von 2700 Millionen Mark erhält. Die Differenz von 1500 Millionen Mark entfällt in der Hauptsache auf Löhne und die Verzinsung des Kapitals. Da nun die Baumwollindustrie zu dreiviertel (rund 40 Millionen Spindeln liegen still) an der Betriebsunterbrechung beteiligt ist, muß man allein den direkten Verlust auf rund 20 Millionen Mark wöchentlich berechnen. Dazu kommen die 7 Millionen Mark, welche die Arbeiterverbände bisher an Ausstandsunterstützungen zu zahlen hatten, ferner all das verlorene oder vielmehr nicht verdiente Geld, das man für die von der Baumwollspinnerei abhängigen Gewerbe ansetzen muß. Dann sind nach den Berechnungen von Hamilton Fyfe insgesamt rund 40 Millionen wöchentlich anzunehmen. Der Gesamtverlust wäre danach, da der Streik jetzt gegen 7 Wochen dauert, auf etwa 250 Millionen Mark zu beziffern.

Diese Verluste einzuholen, wird für alle Beteiligten eine schwere Aufgabe sein.

Eins steht nun aber wohl jetzt zu erwarten, nämlich eine Befestigung der Baumwollpreise **und ein Anbruch besserer Beschäftigung in der ganzen — auch in der deutschen — Baumwollindustrie.**

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

I.

Wie uns die Generalkommission auf Grund ihrer Jahresstatistik mitteilt, hat das Jahr 1907 gegenüber dem Jahre 1906 den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 Proz. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überragt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. — Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein beredtes Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Kämpfe hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen vermindert. Sie betrug im Jahre 1907: 281 030, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 Proz. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt 12 364 082 Mk. aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe 13 297 862 Mk., es sind also im Jahre 1907 933 780 Mk. weniger für die wirtschaftlichen Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstützungsrate ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstützung betrug im Durchschnitt 1906 42,08 Mk., 1907 43,99 Mk.

Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahr 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterschaft intensiv und mit zäher Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwendeten, von allen Berichtsjahren, seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 Proz. der Gesamtausgaben flossen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungszweige im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstützungen, außer der Streikunterstützung, im Jahre 1906 9 020 931 Mk. ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907: 13 659 962 Mk. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung: daß durch die Einführung von Unterstützungseinrichtungen die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwickelung in der Leistungsfähigkeit vollständig ad absurdum geführt worden.

Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrstreiks sowie der Aussperrungen zu den gesamten Kämpfen hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffstreiks 1635 = 58,6 Proz. In 834 Fällen = 29,9 Proz. mußte gegen versuchte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,5 Proz. vollzogen die Unternehmer Aussperrungen. Das Gesamtresultat der Kämpfe ist ungünstiger als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1337 Kämpfe = 47,9 Proz. (1906: 53,8 Proz.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 Proz. (1906: 21 Proz.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22 Proz. (1906: 21 Proz.). Am 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsresultat der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe: mit vollem Erfolg zu 48,5 Proz., mit teilweisem Erfolg zu 22,1 Proz. und erfolglos zu 23,4 Proz. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81 248 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 472 Kämpfen und 53 717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe nach steht dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 29 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 50 904 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie hat mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerbegruppen, ist folgend festgestellt: Mit vollem und teilweisem Erfolge wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 Proz., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 Proz., in der Metallindustrie und dem Schiffbau 75,2 Proz., in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 74,9 Proz., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 Proz., in der Holzindustrie 72,0 Proz., in sonstigen Berufen 64,5 Proz. und in dem graphischen Gewerbe und Papierindustrie 33 Proz.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als 50 Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachstehender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Brauereiarbeiter 97, Maschinisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 54, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2219 oder 79,5 Proz. der gesamten Kämpfe. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen zusammen 573 = 20,5 Proz. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 649, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 649, Fabrikarbeiter 12 963, Seeleute 12 300, Zimmerer 11 984, Maler 7952, Hafenarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend verzeichneten 13 Verbände mit 238 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 84,7 Proz. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 Proz. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 4 922 467 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 527 862 Mk.

Erste deutsche Strickerkonferenz.

Unter dem Vorsitz unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hübsch-Berlin, fand am 24. und 25. Oktober d. J. in Apolda die erste Konferenz deutscher Strickereiarbeiter statt. Anwesend waren außer dem Kollegen Hübsch Kollege Krätzig und 22 Delegierte, unter denen sich zwei Arbeiterinnen, eine aus Berlin und eine aus Mühlhausen i. Th., befanden. Die Delegierten verteilten sich auf die Gaue Brandenburg, Schlesien, Sachsen-Erzgebirge, Thüringen, Süd (Württemberg) und Rechtsrheinland.

Es war folgende Tagesordnung zu erledigen:

1. Situationsberichte.
2. Können wir Tarifverträge anbahnen?
3. Anstrebung gleicher Arbeitszeit.
4. Die Heimindustrie und ihre schädlichen Folgen für die Arbeiter.
5. Welche Mittel sind anzuwenden, um die Strickereiarbeiter der Organisation zuzuführen?

Die Konferenz, welche am 24. Oktober, abends 9 Uhr, vom Kollegen Hübsch eröffnet wurde, nahm an diesem Tage noch die Berichte über die Situation der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Gauen entgegen. Einleitend hob der Vorsitzende hervor, daß der Zweck der Konferenz der sei, Mittel und Wege zu finden, wie der hier und da auftretenden Schmutzkonkurrenz erfolgreich entgegengetreten werden könne. Unter dieser Schmutzkonkurrenz hätten Arbeiter und Unternehmer zu leiden. Von den letzteren sei ihm dies bei Verhandlungen schon oft geklagt worden. Es sei dann zunächst eine Umfrage veranstaltet worden, um zunächst einmal festzustellen, wo Strickereien bestehen, und man sei dann zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit gekommen, eine Konferenz abzuhalten, um aus dem Meinungsaustausch der Kollegen zu entnehmen, welche Schritte unternommen werden können, damit die Schmutzkonkurrenz möglichst eingeschränkt oder gar beseitigt werde. Der Vorsitzende weist dann in seinen weiteren Ausführungen ganz besonders darauf hin, daß, wenn das in Angriff zu nehmende Werk von Erfolg gekrönt sein solle, es unbedingt notwendig sei, **die Arbeiterinnen zur Mitarbeit heranzuziehen.**

Zu den Situationsberichten sprachen Redner aus allen vertretenen Gauen. Durch umfangreiches Zahlenmaterial, welches wir aus ganz bestimmten Gründen nicht veröffentlichen, wurde festgestellt, daß sowohl in den Löhnen wie in der Arbeitsweise zwischen den einzelnen Gauen erhebliche Differenzen bestehen. Hier dürfte es, wenn das Material gesichtet sein wird, an manchen Orten ein leichtes sein, unter Hinweis auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besserer Gebiete, wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter zu erreichen. Natürlich muß aber erst die Organisation in den in Frage kommenden Gegenden gefestigt werden.

Am zweiten Verhandlungstage wurde gleich in die Behandlung der Frage: „Können wir Tarifverträge anbahnen?" eingetreten. Auch hier übernahm es Kollege Hübsch, die richtunggebenden Ausführungen zu machen. Er kam zu der Ansicht, daß von Einheitstarifen für das ganze Reich Abstand genommen werden müsse; dagegen sei es möglich, für mehrere Bezirke mit gleicher Produktion, wie beispielsweise der Bezirke in und um Mühlhausen i. Th. und der Bezirk im Aggertal im Rheinland, einen Tarif auszuarbeiten. Für andere Bezirke, wie beispielsweise Apolda, müßten Spezialtarife ausgearbeitet werden. Redner beleuchtet sodann die Technik der Zusammenstellung der Tarife. Er kommt zu der Ueberzeugung, daß die Lohnberechnung nicht nach der einfachen Tourenzahl vorgenommen werden darf, denn es sei schon ein Unterschied in der Arbeit, wenn man stramm oder locker arbeite oder wenn man z. B. bei den Mustermaschinen bei Nopparbeit bei jeder Noppe erst locker lassen müsse. Leichter werden sich nach Ansicht des Redners die Tarife in der Strumpfstrickerei gestalten lassen. Redner warnt davor, dieser Branche etwa zu wenig Beachtung zu schenken. Den Arbeiterinnen, die größtenteils in dieser Branche beschäftigt seien, müsse zu allererst zu höheren Löhnen verholfen werden. Neben der Lohnfrage erachtet es Redner auch für notwendig, die Frage der täglichen Arbeitszeit in den Tarifen zu behandeln. Redner empfiehlt mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe Orte schon die neunstündige Arbeitszeit habe, diese Arbeitszeit als Normalarbeitszeit in die Tarife aufzunehmen.

In der Debatte wurden noch eine große Anzahl Anregungen gegeben. Insbesondere hob man hervor, daß es schon ein Vorteil sein würde, wenn erst einmal für die einzelnen Maschinen Grundlohntarife bestehen würden. Die verschiedenen Abweichungen der Arbeit könnten dann durch Zuschläge tarifiert werden. Eine Betriebs-Tarifkommission könnte bei neuen Artikeln in Zweifelsfällen prüfen, ob der Lohn richtig festgesetzt sei. Für das Mustern müsse Stundenlohn und für die Arbeit an Motormaschinen ohne weiteres Zeitlohn gezahlt werden. Des weiteren wird verlangt, die unentgeltliche Lieferung von Nadeln entschieden zu fordern. Ungeteilte Meinung herrscht bei der Konferenz vor, daß, wenn ein Arbeiter aus eigenem Verschulden Nadeln zerbricht, niemand etwas dagegen haben werde, wenn der betreffende Arbeiter diese Nadeln bezahle. Aber durch Verschulden des Arbeiters werden, so wurde ausgeführt, die wenigsten Nadeln zerbrochen. Wenn ein Verschulden des Arbeiters vorliege, dann würden in der Regel eine größere Anzahl Nadeln auf einmal zerbrochen, so daß sich dadurch schon feststellen lasse, auf was der Nadelbruch zurückzuführen sei. Wenn aber einzelne Nadeln brechen, so sei dies kein Verschulden des Arbeiters, wohl aber sei es eine Ungerechtigkeit, daß die Arbeiter die dadurch notwendig

werdende Reparatur der Maschine bezahlen sollen. Empörend aber sei es, wenn es Unternehmer gebe, die an den Nadeln, die sie ihren Arbeitern verkaufen, noch ein horrendes Geld verdienen. Unter anderem wurde aus Wittgensdorf berichtet, daß in der dortigen Nadelmacherei 100 kurze Nadeln 3,20 Mk. und 100 lange 4,50 Mk. kosten. In einer dortigen Fabrik aber rechnet der Fabrikant den Arbeitern **10 kurze Nadeln mit 45 Pf. und 10 lange mit 55 Pf. an.** Es wird noch darauf hingewiesen, daß es beim Nadelbruch doch viel darauf ankomme, wie die ganze Maschine beschaffen sei und instand gehalten werden; bei einer ausgelaufenen Maschine und bei einer Maschine, auf der recht firamm gearbeitet werden müsse, kämen viel mehr Nadelbrüche vor. Als Resultat zeitigte die Debatte die Annahme folgender vom Kollegen Schrader-Stuttgart eingebrachten Resolution:

„Die am 25. Oktober 1908 zu Apolda tagende Konferenz aller Stricker Deutschlands empfiehlt allen Strickorten, in Zukunft für die Lohnfrage eine tarifliche Regelung anzustreben.

Bei allen abzuschließenden Tarifen sind folgende Richtlinien zu beachten:

1. Für alle Artikel sind auf allen Maschinen Grundlöhne zu vereinbaren mit entsprechenden Steigerungen
   Die Steigerungen müssen berücksichtigen:
   a) die Größe;
   b) das Muster;
   c) Garnmaterial (Baumwolle, plattiert, Wolle, einfach oder zweifach);
   d) einfarbig, zweifarbig, mehrfarbig;
   e) für Spezialmaschinen sind Zuschläge zu fordern;
2. Extraarbeiten, Mustern sind im Zeitlohn zu bezahlen;
3. für Motormaschinen ist Zeitlohn zu verlangen;
4. ferner die unentgeltliche Lieferung der Nadeln zu verlangen.

Zur Anbahnung von Tarifen sind an allen Strickorten, wo der Deutsche Textilarbeiterverband Mitglieder hat, Tarifkommissionen zu bilden, die ständig die Propaganda für das gesteckte Ziel zu treiben haben."

Die anderen drei Punkte der Tagesordnung wurden gemeinsam zur Verhandlung gestellt.

In der Hauptsache drehte es sich hierbei um den Ausbau der Organisation unter den Strickereiarbeitern sowie darum, einen gangbaren Weg zu suchen, der zu dem Ziele führe, das man sich auf der Konferenz gesteckt hatte.

Die Debatte war eine sehr rege. Schrader-Stuttgart wünschte, daß im Zentralvorstand ein Hilfsarbeiter angestellt werde, der das ganze der Konferenz vorliegende Material sichte, ergänze und zu einer Agitationsbroschüre verarbeite. Auch empfiehlt Schrader dringend die Anstellung eines Geschäftsführers in Apolda. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, in Mühlhausen i. Th. eine Reichs-Tarifkommission zu stationieren, welche die Vorarbeiten für die weitere Agitation besorgen soll. Hübsch und Krätzig wenden sich gegen diese Vorschläge. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag Krätzig einstimmig angenommen:

„Es wird in Berlin eine Tarifkommission für die Strickerbranche Deutschlands eingesetzt, die von den organisierten Strickern in Berlin gewählt wird, mit der Maßgabe, daß die Hälfte der Kommissionsmitglieder der Strumpfstrickerbranche angehören müssen."

Damit waren die Verhandlungen der Konferenz beendet. Wir hoffen, daß die zahlreichen Anregungen, welche in dem Meinungsaustausch gegeben wurden, gute Früchte für die Arbeiter tragen werden.

Glatz.

Um „dem" Liebknecht einen Besuch abzustatten, fuhr ich noch am Abend des 1. November von Schmiedeberg ab. Die Versammlung in Zillertal ließ zwar an Besuch zu wünschen übrig, war aber in bezug auf die Gewinnung neuer Kämpfer die beste von allen, die ich in Schlesien auf dieser Tour hatte. Ueber Landeshut, Ruhbank, Dittersbach gelangte ich abends ½1 Uhr nach Glatz. Am anderen Morgen vor 10 Uhr war ich beim Kommandanten. Er war noch nicht da. Ich ging und kehrte zurück. Jetzt war ein höherer Militär da. Aber das half mir nichts. Der Herr General bestimme das selbst, ob ich vorgelassen werden würde und ich möge nur um Punkt ¾11 Uhr wiederkommen. Dann komme der Herr General zum Vortrag. Pünktlich wie ein Soldat war ich wieder zur Stelle. Nach wenigen Minuten hieß es: „Der Herr General läßt bitten".

Ich brachte mein Anliegen vor. Grüße wolle ich bestellen und nach dem Befinden des Herrn Dr. Liebknecht mich erkundigen. Der Herr General meinte, es gehe ihm da oben, wie es eben gehen könne. Herr Dr. Liebknecht selbst sei ja erst kürzlich in Berlin gewesen. Was mich denn eigentlich nach Glatz führe, wollte der Herr General wissen. Und nach dem Befinden des Herrn Liebknecht habe man sich erst kürzlich erkundigt. Der jüngere Militär, der mich gemeldet hatte, sah in die Akten. Am 29. Oktober war er oben gewesen. Der Herr Doktor habe noch geruht. Auf die Frage: „Wie geht's?" habe er geantwortet: „Ausgezeichnet!"

Der Herr General überlegte. Er überlegte lange. Endlich sagte er: „Ich habe anderen Herren schon die Erlaubnis verweigert und kann sie Ihnen auch nicht geben." Ich ging. Gern hätte ich mich persönlich überzeugt, wie es unserem verehrten Genossen geht. „Es hat nicht sollen sein."

Noch einen Rundgang um die Festung machte ich und nahm das feste Bollwerk des Militär- und Klassenstaates von außen in Augenschein. Dann fuhr ich weiter in der Richtung nach Neustadt (Oberschlesien). — Ich fuhr davon, neu gekräftigt in der Ueberzeugung, daß wir noch sehr, sehr viel zu tun haben, wenn . . .

Hoffen wir, daß Genosse Liebknecht bei „ausgezeichnet" gutem Befinden in die Freiheit zurückkehren möge!

Glatz, den 2. November 1908. Wilhelm Rössel.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Die Lohnreduktionen im Erzgebirge, in der Wirkerei, nehmen ihren Fortgang. Die Strumpffabrik von Louis Schuller in Gelenau hat auch eine Lohnreduktion von 5 Proz. angekündigt, obwohl sie erst vor einigen Wochen eine solche durchführte und überhaupt nur geringe Löhne zahlt. Dies in Verbindung mit den Abzügen für Nadeln macht die Lage der Arbeiter geradezu unerträglich. Eine Fabrikversammlung verurteilte das Vorgehen der Firma aufs schärfste. In allen Wirkereibetrieben Burkhardtsdorfs sind nun auch Lohnreduktionen angekündigt worden.

Um den Zehnstundentag hatte die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Schlotheim eine Eingabe an den Fabrikantenverein gerichtet. Sie bekam darauf folgende Antwort:

„An den Verband deutscher Textilarbeiter, Schlotheim.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 10. Oktober teilen wir Ihnen höflichst mit, daß wir auf einstimmigen Beschluß des Fabrikantenvereins Ihrem Ansuchen, die zehnstündige Arbeitszeit betreffend, nicht willfahren können. Es ist richtig, daß die zehnstündige Arbeitszeit in einigen Branchen bereits eingeführt ist und auch ihre teilweise Berechtigung hat. Ausschlaggebend für die hiesigen Industriellen war, daß dieselbe erstens anderwärts in unserer Branche erst ganz vereinzelt, aber noch nicht vorwiegend eingeführt ist. Mit der Mehrheit ist zu rechnen, bleibt uns diese aber durch eine höhere Leistung im Vorteil, so fällt dies gerade jetzt, wo Aufträge nur mit großer Mühe und großen Opfern hereinzuholen sind, derart in die Wagschale, daß wir es als geboten erachten, Aenderungen, welche die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen, in den jetzigen schweren Zeiten nicht vorzunehmen.

Es konnte dabei nicht anerkannt werden, daß bei den leichten Arbeiten, wie sie hierorts meistens sind, in zehn Stunden dasselbe zu leisten sei, als in elf, es sei denn auf Kosten der Güte der Ware.

Hochachtend!

Der Fabrikantenverein Schlotheim."

Am 14. November werden die Arbeiter zu dem Antwortschreiben Stellung nehmen.

Ausland.

Frankreich. Unsere Kollegen der Weberei Plancke in Hazebrouk kämpfen schon seit fünf Monaten gegen die Einführung des Northrop-Webstuhls unter anderen Bedingungen als denen, die für die gewöhnlichen Webstühle maßgebend sind. Wohlgemerkt: sie wollen wohl den Northrop-Webstuhl bedienen, doch nicht unter Bedingungen, die von den sonstigen Arbeitsbedingungen abweichen. Die Unternehmer wollen natürlich nicht, daß man ihrer schamlosen Ausbeutung der Arbeiter Zügel anlege und leisten den hartnäckigsten Widerstand; sie wollen natürlich den Northrop einführen, um Lohn zu sparen. Die Arbeiter erblicken darin den Ruin des Gewerbes und Vermehrung der Arbeitslosigkeit und des Elends. Deshalb glauben sie auch für die Arbeiter der ganzen Industrie zu kämpfen und wenden sich an sie um Beistand in ihrem Kampfe. Man kann gespannt darauf sein, wer aus diesem Kampfe als Sieger hervorgehen wird; wir haben keine Hoffnung, daß es die Arbeiter sein werden.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Ausland.

Norwegen. In Kristiania ist ein Hafenarbeiterstreik ausgebrochen, der immer größere Ausdehnung gewinnt. Der Hafen- und Transportarbeiterverband richtet an die ganze Arbeiterschaft die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß keiner zum Streikbrecher wird. Die Unternehmer sind dagegen eifrig bemüht, Streikbrecher heranzuschaffen. Man will Engländer holen, vermutlich dieselben, die diesen Sommer in Schweden als Streikbrecher tätig waren. Die Unternehmerpresse sucht den Glauben zu erwecken, als ob die Arbeit im Hafen trotz des allgemeinen Streiks glatt von statten gehe. Das ist aber keineswegs so. Auf einigen Dampfern sind es Leute vom Schiffspersonal, die die Arbeit, so gut oder so schlecht es geht, zu bewältigen suchen. Hier und da haben Damen der „besseren" Gesellschaft die Küchenarbeit übernommen, damit die Schiffsköche Lasten schleppen können. Aber die fast 1000 Streikenden können natürlich auch durch solche Machenschaften nicht ersetzt werden.

Leider sind aus Kopenhagen 30 Streikbrecher nach Kristiania abgefahren. Es sind meist Leute aus einem gelben, vom Unternehmertum gegründeten Verein. — Die Ursache des Streiks ist darin zu suchen, daß die Arbeiter, die neben einem allgemeinen Tarifvertrag persönliche Verträge haben, kündigten, um auf friedlichem Wege einige kleine Abänderungen zu erzielen, wobei sie nicht daran dachten, die Arbeit einzustellen. Aber die Dampfschiffahrtsexpediteure waren es, die den Tarifvertrag brechen wollten, denn sie suchten plötzlich durch die Zeitungen zum 10. Dezember 300 bis 400 Hafenarbeiter, reichlich so viel, wie jetzt beschäftigt waren, für feste Anstellung. Es war also klar, daß die organisierten Arbeiter durch unorganisierte, auswärtige und ausländische ersetzt werden sollten. Um dem zuvorzukommen, beschloß die Hafenarbeiterorganisation einstimmig, die Arbeit niederzulegen. Der Streik wird mit großer Kraft und Einmütigkeit durchgeführt.

Politische Nachrichten.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag ist am 4. November wieder zusammengetreten. Bei einer Petition der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen gegen das System der schwarzen Listen nahm Abg. Hengsbach-Duisburg (Soz.) Gelegenheit, in längerer Rede dieses System scharf zu brandmarken. Das Automobilgesetz wurde nach kurzer Beratung einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. Dann beschäftigte sich der Reichstag mit der Gerichts- und Prozeßreform. Die Vorlage ging dann an eine Kommission. Es folgte die erste Beratung des Weingesetzes. Am Montag sollte noch die erste und eventuell zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. Festsetzung des Marktpreises für Schlachtvieh, die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Einwirkung der Armenunterstützung vor sich gehen und am Dienstag die deutsche auswärtige Politik, die sich in letzter Zeit so furchtbar blamiert hat, besprochen werden. Hoffentlich können wir nächste Woche berichten, daß dies in einer Weise geschehen sei, die unser Ansehen im Auslande wieder zu heben geeignet wäre.

Gerichtliches.

Wegen Veruntreuung von 47 Mk. 98 Pf. Verbandsgeldern hatte sich der ehemalige Unterkassierer des Textilarbeiterverbandes, Einzelmitgliedschaft Werdau, Otto-Lenk, vor dem Schöffengericht Werdau zu verantworten. Nach erfolgter Beweisaufnahme wurde das Urteil gesprochen, das auf vier Wochen Gefängnis lautete.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Gründung einer politischen Arbeitgeberpartei ist auch vom Verein Deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten abgelehnt worden. Auf der vorige Woche in Berlin abgehaltenen Delegiertenversammlung erstattete Herr Prof. Dr. Lehmann-Aachen den Geschäfts- und Jahresbericht und behandelte dabei die gegenwärtigen Bestrebungen zur Begründung einer politischen Arbeitgeberpartei. Ein diesbezüglicher von dem Referenten gestellter Antrag fand die einmütige Zustimmung der Versammlung. Der Antrag lautete: „Die Delegiertenversammlung des Vereins Deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten erachtet eine größere Betätigung von Industriellen an den Parlamenten des Reiches und der Bundesstaaten für durchaus notwendig, weist aber mit Entschiedenheit das Hineintragen parteipolitischer Vereine und Arbeitgeberverbände zurück, da hierdurch deren gewerkschaftliche Neutralität gefährdet und deren Zusammenhalt in Frage gestellt werden würde."

Mit anderen Worten gesagt heißt das so: Die politische Arbeitgeberpartei hat Aufgaben in Aussicht genommen, die bei den Kämpfen um die zukünftigen zollpolitischen Fragen zwischen der Gruppe der Rohstoff- und Halbzeugfabrikate und der Gruppe der verarbeitenden Industrie zu schweren Interessenkonflikten führen müssen. Würden nun diese Interessenkonflikte in gegen die Arbeiterinteressen gerichteten Unternehmerverbänden, als Träger der politischen Arbeitgeberpartei, ausgefochten, so würde die bisherige Einigkeit gegen die Arbeiter zum Teufel gehen. Wenn das Unternehmertum also auch in seinen gegenseitigen Interessen sich wie Hund und Katze gegenübersteht, gegen die Arbeiterschaft ist es einig und sorgsam darauf bedacht, diese Einigkeit nicht zu stören. Arbeiter und Arbeiterinnen, nehmt Euch ein Beispiel daran.

Neuer Zwist im Seidengewerbe. Der Verband der Seidenfabrikanten hat den Antrag des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche auf Aufhebung des § 9 der Verkaufsbedingungen, der den Abnehmern bei Käufen von Außenseitern einen Zuschlag von 10 Proz. auf Lieferungen von Konventionsfabrikanten auferlegt, damit beantwortet, daß er auf Grund einer neuerlichen Bestimmung nunmehr bei Bezügen von Außenseitern auf die von diesen ausgestellte Fakturen eine von den Abnehmern zu erlegende „Strafe" von 25 Proz. setzen will. Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche hat gegen die Annahme dieser neuen Bestimmung sofort beim Fabrikantenverband sich in aller Form verwahrt, womit die Rechtsgültigkeit dieser Bedingung außer Geltung gesetzt ist. Der Verband der Waren- und Kaufhäuser schließt sich auf der Grundlage der mit dem Verbande deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche eingegangenen Interessengemeinschaften diesem Vorgehen an.

Wie lange wird denn eigentlich diese durch unerhörte Brüskierungen hervorgerufene Beunruhigung der Seidenindustrie noch fortgesetzt werden? Ein Nutzen für die Industrie hängt dabei doch nicht heraus, aber um so mehr Schaden.

Aus Handel und Industrie.

Die Entwickelung der Wirkwarenindustrie in Japan. Nach Mitteilungen eines führenden englischen Fachblattes macht jetzt die japanische Geschäftswelt mächtige Anstrengungen, um die europäische Konkurrenz in Wirkwaren aus dem Felde zu schlagen. Das englische Blatt schreibt darüber: „Die Bevölkerung Japans ist stark und infolgedessen ist auch ein großes Absatzgebiet für den Artikel Wirkwaren vorhanden. In Osaka, dem Hauptzentrum der Industrie, soll es, wie wir soeben erfahren, zirka 150 Fabriken geben, deren Produktion Handschuhe, Strümpfe und Schals ist. Wir konnten die Nachricht auf ihre Richtigkeit bis zur Stunde nicht prüfen, allein wir glauben, daß dem so ist. Die deutsche Wirkmaschinenindustrie liefert jetzt nach Japan fast gar nichts mehr, da die eigene Maschinenindustrie sich in letzter Zeit dort derart gehoben hat, daß sie die Nachfrage nach Wirkmaschinen vollständig deckt."

So mehren sich immer mehr Anzeichen, daß sich die Absatzgebiete für die europäische Industrie immer mehr verringern. Wo wir früher Wirkwaren hinlieferten, dort liefern heute unsere Maschinenfabriken Wirkmaschinen hin, um den Bewohnern jener Absatzgebiete die Erzeugung der früher von uns bezogenen Waren zu ermöglichen. Dadurch aber wird die kapitalistische Produktionsweise zu ihrem eigenen Totengräber. Denn je mehr Maschinen ausgeführt werden, um so mehr schreitet die Eigenproduktion im Ausland fort, und um so mehr verschwinden die Absatzgebiete unserer Industrie. Die kapitalistische Produktionsweise beruht aber auf der Voraussetzung, daß immer genügend Absatzgebiete vorhanden sind für jene Waren, welche über den Bedarf im eigenen Lande bezw. über das Quantum von Waren hinaus erzeugt werden, welches in Höhe der gezahlten Löhne in den Konsum der Bevölkerung des Erzeugungslandes übergeht. Ist diese Möglichkeit nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfange vorhanden, dann häufen sich gar bald die Produkte derart zusammen, daß die Produktion unmöglich in der alten Weise fortgeführt werden kann, sondern dem vorhandenen Bedarf angepaßt und in sozialistische Bahnen gelenkt werden muß.

Londoner Kolonialwoll-Auktionen im Jahre 1909 werden eröffnet:

1. Serie	19. Januar	Kein Limit, Schluß der Zufuhren Liste am 11. Jan.
2. „	9. März	„ „ „ „ „ „ „ 1. März
3. „	4. Mai	Etwaige Limite später festzusetzen.
4. „	6. Juli	
5. „	21. September	
6. „	23. November	

Von der Flachsernte in Rußland. Die Flachsanbaufläche im Jahre 1907, die prozentuale Abnahme der Aussaat im Jahre 1908 und die Erträge an gebrochenem Flachs pro Dessätine in diesem Jahre werden wie folgt angegeben:

Gouvernements	Anbaufläche Flachs 1907 in Dessätinen	Abnahme der Aussaat 1908 in Proz.	Ertrag an Flachs pro Dessätine 1908 in Pud
Pskow	105 524	—,20	33
Kurland	19 041	—,25	35
Livland	80 158	—,20	35
Kowno	46 968	—,30	28
Grodno	9 394	—	18
Smolensk	106 839	—,25	30
Twer	107 980	—,21	24
Jaroslaw	42 512	—	23
Wladimir	39 917	—	23
Kostroma	43 292	—,20	23
Nischnij Nowgorod	28 542	—	28
Nowgorod	23 893	—	23

Die ungünstigen Witterungsverhältnisse im August haben die Flachsernte verzögert; nach den Nachrichten z. B. aus dem Gouvernement Smolensk verspätet sich diese um 2—3 Wochen gegen sonst. Ferner beeinträchtigen die reichlichen Regenfälle im August das Rösten des Flachses und folglich auch die Qualität der Faser.

Mißstände im Textilgewerbe.

In Trier, in der Tuchfabrik, wird von den Arbeitern sehr übel empfunden, daß der Stuhlmeister Sch. verlangt, daß sie mit einem Gemisch aus Oel und Petroleum die Maschinen „ölen" sollen. Das Petroleum bewirkt, daß das „Oel" bald abläuft und die Lager dann bald trocken liegen. Auch die Art, wie der Meister mit Hebeisen und Hammer an den Stühlen manipuliert, ruft bei den Webern öfter Kopfschütteln hervor und verschlimmert das Uebel oft, das er beseitigen will. Die Kollegen meinen, sie hätten einen solchen Meister noch nicht gehabt.

Berichte aus Fachkreisen.

Burkhardtsdorf. Die vom Fabrikantenverband beschlossene Lohnherabsetzung ist auch hier in allen Fabriken angekündigt worden. Die unorganisierten Arbeiter, das heißt die, die nicht mit ausgesperrt waren, ballen die Faust in der Tasche, schimpfen und räsonieren im verborgenen. Wollten sie doch in Zeiten des guten Geschäftsganges die Beiträge für die Organisation nicht übrig haben, jetzt müssen sie sich aber gefallen lassen, wenn ihnen die Löhne in 14 Tagen bis zu 7 Mk. gekürzt werden. Wird ihnen die Erkenntnis kommen? Wir glauben, sie wird kommen, aber leider zu spät. Einige Fabrikanten haben zugegeben, daß die Lohnreduzierung schon längst gekommen wäre, wenn der Gornsdorfer Streik nicht gewesen wäre. Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr noch nicht von dem Gedanken der Zusammengehörigkeit beseelt seid, den Wert der Organisation noch nicht begriffen habt, wollt Ihr noch länger zusehen, wie man Euch vom Fabrikantenverband die Löhne diktiert, ohne Euch wehren zu können? Habt Ihr es nicht dem Textilarbeiterverband zu danken, daß man Euch die Löhne nicht schon längst gekürzt hat? War es nicht der Textilarbeiterverband, der Euch vor 2 Jahren bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht hat? Und Ihr wollt noch länger abseits stehen? Soll Euch die Erkenntnis noch besser beigebracht werden? Mit Schimpfen und Räsonieren ist nichts getan. Schließt Euch dem Deutschen Textilarbeiterverband an, dann könnt Ihr mit Leichtigkeit bei einer besseren Konjunktur wieder holen, was man Euch jetzt nimmt. Vereinigt sind wir alles, vereinzelt sind wir nichts. Arbeiter und Arbeiterinnen, kann es einen größeren Hohn geben, als daß gewisse Fabrikanten, z. B. Albin, Drechsel und Uhlmann in Gornsdorf an ihre Arbeiter das Verlangen stellen, aus der Organisation auszutreten, und sie als Arbeitgeber machen in

ihren Fabriksälen bekannt, daß der Arbeitgeberverband beschlossen hat, die Löhne bis zu 15 Proz. zu reduzieren. Sie, die Unternehmer, wollen damit sagen: Wir, wir brauchen unseren Verband, aber Ihr, Ihr braucht keinen. Ihr seid Menschen zweiter Klasse. Wir können Euch so besser ausbeuten. Doch, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, das darf nicht geschehen. Das Recht, sich zu organisieren, das die Unternehmer haben, habt auch Ihr. Darum, Kollegen und Kolleginnen, bleibt treu der Organisation! Agitiert weiter für den Textilarbeiterverband!

Das Ziel ist nah,
Der Weg ist offen,
Nur vorwärts Brüder, in den Streit!
Ruft laut hinaus in alle Winde:
Wir kämpfen für Gerechtigkeit!

Chemnitz. Die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt Sonnabend, den 7. November, eine Mitgliederversammlung im Volkshaus „Kolosseum" ab. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung referierte Kollege Wagener aus Berlin über das Thema: „Staaten im Staate". Für seine recht interessanten und lehrreichen Ausführungen wurde dem Redner am Schlusse lebhafter Beifall gezollt. Hierauf erstattete Kollege Florschütz den Kassenbericht vom 3. Quartal 1908. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Vereinsangelegenheiten" wurde zunächst auf den am Sonnabend, den 14. November, im „Volkshaus" stattfindenden Kunstabend hingewiesen und zu zahlreichem Besuch aufgefordert. Weiter wurde den Mitgliedern ein Schreiben des Zentralvorstandes zur Kenntnis gebracht, worin derselbe die Kollegen, namentlich die älteren, ersucht, alles sachdienliche Material, welches zur Niederlegung der Geschichte des Deutschen Textilarbeiterverbandes evtl. Verwendung finden könnte, an ihn einzusenden. Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Zu der Bemerkung in voriger Nummer unter Forst i. L. bin ich genötigt, einiges zu erklären: Es läßt tief blicken, wenn Kollege Hopfe erklärt, die Wahl des H. zum zweiten Geschäftsführer lag einzig und allein an der guten Personenkenntnis der Chemnitzer, einige Zeilen darunter aber großmütig ausruft, von den Vorstrafen des H. hätten sie übrigens bis zu seiner Unterschlagung keine Ahnung gehabt. Ja, Ihr Forster Kollegen, wenn Ihr keine Ahnung habt, so sollten wir's wohl riechen, zumal H. in seiner Kandidatenrede erklärte, es fiele ihm schwer, sofort antreten zu können, da er (also H.) den Kollegen Hopfe 14 Tage vertreten müßte, weil derselbe seine Ferien machen wollte. Ja, nennt man dieses nicht das größte Vertrauen geschenkt? Hat vielleicht Kollege Hopfe noch Schmerzen in der Brust, weil er dem H. (wiederum im größten Vertrauen) noch 18 Mk. pumpte (laut eingeschickter Rechnung, welche er gern von uns beglichen haben wollte), nachdem H. von hier verduftet war? Weiter schreibt Kollege Hopfe, ein Schreiben über die Vergangenheit des H. sei nach hier geschickt worden.. Sollte dies nicht ein sanftes Träumen sein? Mir ist als damaliger Vorsitzender von einem Schreiben des dortigen Vorstandes nicht das geringste bekannt, ebenso bin ich vom Geschäftsführer Florschütz beauftragt zu erklären, daß ihm ein derartiges Schreiben nicht in die Hände gekommen ist. Es muß auch ausgeschlossen sein; denn was sollte dieses wohl enthalten, wo die Forster bis zur Unterschlagung laut Hopfes und Kammers Angaben, keine Ahnung von seinen Vorstrafen hatten? Alles andere aber würde doch den Anschein erwecken, als sei es nur Gestank oder der Ausfluß einer oppositionellen Richtung. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der dortigen Kollegen war, telephonisch zu sagen: Halt, wir kennen ihn. Großstadt ist Forst wohl noch nicht, doch liegt es in der Lausitz. Adolf Reinhold.

(Wir hoffen, daß hiermit die Erörterung der unangenehmen Angelegenheit erledigt ist. D. R.).

Dülken. Am Sonntag, den 1. November, fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Zunächst gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Hausagitation in unserem Gau, und konnte man bei den schwierigen Verhältnissen in unserem Bezirk, von Haus zu Haus zu agitieren, mit dem Resultat zufrieden sein. Unsere Filiale hatte direkt keine Aufnahme zu verzeichnen, aber nachher haben wir doch 6 neue Mitglieder erworben, und ist uns auch seit der Beitragserhöhung kein Mitglied abgesprungen, ein Beweis, daß man den Wert der Organisation erkannt hat. — Gauleiter Reimes hielt dann einen Vortrag über „Beitragserhöhung und Arbeitslosenversicherung". Er schilderte zunächst den schlechten Geschäftsgang. Die Krise ist mit furchtbarer Gewalt, nicht allein in unserer Samt- und Seidenindustrie, sondern in ganz Deutschland, in allen Branchen eingetreten. Ferner besprach er die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Früher konnte man dem einzelnen Unternehmer bessere Lohnverhältnisse abzwingen. Heute ist das nicht mehr der Fall. Will man einen Unternehmer mit einem Streik dazu zwingen, bessere Lohnverhältnisse einzuführen, so muß man immer mit einer Aussperrung rechnen. Die Unternehmer haben es verstanden, sich zusammenzuschließen, um den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Aus diesem Grunde ist schon eine Beitragserhöhung am Platze, um eventuell solchen Aussperrungen gegenüber gerüstet dazustehen. Ganz besonders führte er den Anwesenden die Zusammensetzung des Fabrikantenverbandes vor Augen. Jetzt, in der Krise, wäre es falsch von den Mitgliedern, dem Verbande den Rücken zu kehren, denn nach der Krise kommt auch wieder die flotte Konjunktur; dann stehen aber die Arbeiter wieder unorganisiert da, dann heißt es wieder, dem Verband beizutreten, und ehe die Karenzzeit vorüber ist, ist auch die flotte Konjunktur vorbei, dann sind die Aussichten, etwas zu erreichen, geschwunden. Darum sollten die Arbeiter dem Verbande treu bleiben und in der stillen Zeit rüsten, um eventuell in der guten Zeit etwas zu erreichen. Auch schilderte er den Segen der Arbeitslosenunterstützung. Dieselbe richtet sich nach der Beitragsleistung, und wäre es zu wünschen, daß sich viele Mitglieder den höheren Beitragsklassen anschließen. Wie die Arbeitslosenunterstützung beschaffen, ist aus dem Statut zu ersehen. Das mehr als einstündige Referat wurde mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, dann wurde die lehrreiche Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

NB. Am Sonntag, den 15. November, feiern die freien Gewerkschaften ihr diesjähriges Gewerkschaftsfest im Lokale von C. Bollen (früher Brinkmann) in folgender Weise: Konzert, Theater und geschlossener Ball. Anfang 5 Uhr. Karten im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Bier 10 Pf. Männliche Mitglieder haben eine Dame frei, weibliche Mitglieder sind ganz frei, müssen sich aber legitimieren. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, uns bei diesem Feste zu unterstützen.

Greiz. (Antreiberei in höchster Potenz.) In den Wäschereien der Firma Georg Schleber Akt.-Ges. ist vor einiger Zeit durch Herrn Direktor Mayer ein System der Antreiberei eingeführt worden, das als höchst gesundheitsschädlich für die Arbeiterschaft bezeichnet werden muß. Den Arbeiterinnen, welche in obigen Abteilungen genannter Firma beschäftigt sind und wöchentlich ganze 9 Mk. als Lohn erhalten, wurden Ende September Bücher ausgehändigt, worin sie alltäglich ihre Arbeitsleistung in Stück- und Meterzahl anzugeben haben. Dabei werden jedoch Muster von 1—30 Meter Länge nicht mit in Berechnung gezogen. Wenn nun der Herr Direktor die Bücher kontrolliert und es erscheint ihm die Arbeitsleistung einer Arbeiterin zu gering, so macht der Herr in das Buch die geschmackvolle Bemerkung: „Zu wenig. M." Woher dieses Weniger kommt, scheint Herrn Mayer nicht zu interessieren, die Hauptsache ist, daß dieses charakteristische „Zu wenig. M." im Buch die ängstlichen Arbeiterinnen zur höchsten Anspannung ihrer Kräfte antreibt. Das kann der Gesundheit der Arbeiterschaft sehr gefährlich werden. Und es drängt sich uns die Frage auf: Wann wird die Schafsgeduld der Arbeiter einmal zu Ende sein?

Greiz. Fort mit der Aengstlichkeit! Auf zum Kampf! In dem hiesigen Wirtschaftsleben macht sich gegenwärtig eine Bewegung nach oben bemerkbar, d. h. die Krise scheint auf längere oder kürzere Zeit behoben zu sein. Auch in der hiesigen Textilindustrie macht sich erfreulicherweise ein neues Leben bemerkbar. Die Textilproleten, welche von der Krise wohl am schwersten heimgesucht worden sind, versuchen nun ebenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, in der günstigen Zeit etwas für sich herauszuholen, und sie tun recht daran. Bedauerlich ist es nur, daß diese Kampfesstimmung hier in Greiz nicht auf der ganzen Linie vorhanden ist. Natürlich richtet sich das Unternehmertum danach und verweigert einer Arbeiterschaft, welche nicht zu mucksen wagt, den ihr schuldigen Respekt. Als Beweis hierfür mag folgendes Antwortschreiben des Vorsitzenden vom hiesigen Fabrikantenverein, Herrn Kommerzienrat Emil Rusch, dienen:

Greiz, den 17. 10. 08.

Titl.
Deutscher Textilarbeiterverband, Geschäftsstelle Greiz
Greiz, Breuningstr. 12.

Wir bestätigen höflichst den Empfang Ihres werten Schreibens vom 8. ds. Mts. und haben von dessen Inhalt Kenntnis genommen.

Hochachtungsvoll
Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien.
Eingetragener Verein.
Ortsgruppe Greiz. Emil Rusch.

Bekanntlich ist der Arbeiterschaft in den hiesigen Webereien im Jahre 1907 von seiten der Herren Fabrikanten eine Arbeitsordnung aufoktroyiert worden, worin auch folgender Passus mit enthalten ist: „Falls ein Arbeiterausschuß im Sinne der Gewerbeordnung gewählt wird, so ist von den volljährigen Arbeitnehmern aus deren Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl ein aus 5 Mitgliedern bestehender Arbeiterausschuß zu wählen, und zwar 3 Akkordarbeiter und 2 festbesoldete Arbeiter. Dieser Ausschuß besteht jedesmal auf die Dauer von 2 Jahren usw." Da nun ein Teil der Herren Fabrikanten hier am Orte sich ständig weigerte, einen Arbeiterausschuß in ihrem Betriebe wählen zu lassen, obwohl ein solcher, wie schon oben angeführt, der Arbeiterschaft in der Arbeitsordnung zugesichert war, beschloß eine Vertrauensmännersitzung, ein Schreiben an den Herrn Vorsitzenden obengenannten Vereins zu richten, mit dem Ersuchen, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit dieser Streitpunkt baldigst beseitigt und die Wahl von Arbeiterausschüssen angeregt wird. Als Antwort darauf bekam die Textilarbeiterschaft obenstehendes lakonisches Schreiben, welches als Dokument für die Art und Weise, wie man die Arbeiterschaft einschätzt, dienen kann. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß man die Arbeiterschaft so behandelt, wie sie es nach Lage der Dinge verdient. Der Arbeiterschaft wird nicht damit geholfen, daß sich einige Kollegen und Kolleginnen schmollend in die Ecke stellen, weil sie mit dem oder jenem nicht zufrieden sind. Da heißt es, in die Besprechungen und Versammlungen gehen und dort mit dem Hebel einer ruhigen und sachlichen Kritik einsetzen. Die wüste Schimpferei am Biertisch oder in der Fabrik ist nicht dazu angetan, Klärung in strittigen Punkten zu schaffen, vielmehr wird dadurch der Konfusion Vorschub geleistet. Die Unwissenheit in der Kollegenschaft ist unser größter Feind; diese zu beseitigen, muß unsere schönste Aufgabe sein. Auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermißt man in Greiz, und das ist ein großer Fehler, denn je größer die Zersplitterung, um so größer die Verwirrung. Darum muß in Zukunft die Parole lauten: „Nur Einigkeit führt zum Ziel." Wenn die Textilarbeiterschaft von Greiz und Umgegend einig wäre, wie könnte es da noch vorkommen, daß man es in einer Fabrik wagt, den Betrieb vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht hinein ohne jede Pause aufrechtzuerhalten. Eine Schmach und Schande ist es, daß sich noch Arbeiter finden, die in der leichtfertigsten Weise ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und dem lachenden Unternehmer die Profitrate damit erhöhen. Kollegen und Kolleginnen, so kann und darf es in Zukunft nicht mehr weiter gehen! Werdet Euch Eurer Menschenwürde bewußt und degradiert Euch nicht zum willenlosen Werkzeug des Unternehmertums! Agitiert und organisiert unvermeidlich, streift alle Gleichgültigkeit ab, stellt das Prinzip allem voran und sucht Euer Heil im rücksichtslosen Kampf, dann wird auch für die Greizer Textilarbeiterschaft eine bessere Zeit anbrechen.

Hainichen. Am 1. Oktober d. J. konnten die hiesigen Einzelmitglieder auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Infolgedessen gab der Bevollmächtigte, Adolf Helbig, in der letzten Mitgliederversammlung einen kurzen Ueberblick über die Mitgliederbewegung, desgleichen über Einnahme und Ausgabe innerhalb dieser zehn Jahre. Die Mitgliederbewegung war folgende: Zum Verband meldeten sich 340 Mitglieder und abgemeldet haben sich 227 Mitglieder. Der Erlös für verkaufte Wertzeichen betrug 7035,42 Mk. An die Hauptkasse wurden davon gesandt 4302,15 Mk. An Krankengeld wurde ausgezahlt 399,64 Mk., für Rechtsschutz 15 Mk. und an Gemaßregeltenunterstützung 698,50 Mk. Der übrige Betrag von 1620,13 Mk. hat Verwendung gefunden für Agitation, Unterstützung von Streiks in anderen Städten, Verwaltung, Unterstützung an durchreisende Kollegen und dergl. mehr. In Anbetracht des zehnjährigen Bestehens hielten die Einzelmitglieder am Reformationsfest ein Vergnügen ab, bei welchem der Kollege Eugen Fritsch-Chemnitz die Festrede hielt. In seiner Einleitung ging der Redner in wirkungsvoller Weise auf die Bedeutung des Tages (Reformationsfest) ein, um dann den Festteilnehmern in kurzen Zügen nochmals einen Ueberblick zu geben über die Ereignisse und Bewegungen in den 10 Jahren. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, immer treu und fest zur Organisation zu halten und immer neue Mitglieder heranzuziehen, denn nur durch die Organisation könne die Arbeiterschaft ein besseres Los erreichen. Die Ausführungen des Kollegen Fritsch wurden sehr beifällig aufgenommen. Bei einem wohlgelungenen Ball hielten sich die Festteilnehmer einige Stunden in ungezwungener und gemütlicher Weise auf. Leider muß konstatiert werden, daß eine große Zahl Mitglieder es nicht für notwendig hielt, dieses Vergnügen mitzufeiern.

Krefeld. An unsere Mitglieder! Der fortgesetzt schlechte Besuch, woran seit langer Zeit schon unsere Filialversammlungen kranken, hat die Filialverwaltung veranlaßt, einmal eingehend sich mit dieser Frage zu beschäftigen und auf Mittel und Wege zu sinnen wie diesem Uebelstande abzuhelfen sei. Wir haben den Gründen nachgeforscht, aus denen der andauernd schlechte Besuch resultiert, und wollen nun versuchen, diese Ursachen, soweit sie einige Berechtigung haben, zu beseitigen. Das allerdings läßt sich nicht leugnen, daß in der Hauptsache der schlechte Besuch aus mangelndem Interesse an dem inneren Leben der Organisation beruht. Die große Mehrzahl der Mitglieder glaubt genug getan zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, ihr Fachorgan entgegennehmen und dieses dann ungelesen in eine Ecke legen oder vielleicht als Butterbrotpapier verwerten. Daher kommt es auch, daß es immer so viele Mitglieder gibt, die über die einfachsten statutarischen Bestimmungen nicht Bescheid wissen. Wenn die Mitglieder doch nur ab und zu ihre Nase mal in die Verbandszeitung stecken würden, dann käme es z. B. nicht vor, daß man jetzt noch Mitglieder antrifft, die nicht einmal wissen, daß am 1. Oktober die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist. Eine solche Unwissenheit über die Vorgänge, die sich innerhalb unseres Verbandes abspielen, bedeutet doch jedenfalls die höchste Höhe der Interessenlosigkeit. Diese kommt aber eben daher, daß man es nicht für nötig hält, die Zeitung zu lesen und noch weniger die Versammlungen zu besuchen. Es sind von seiten des hiesigen Vorstandes alle Anstrengungen gemacht worden, die Versammlungen durch lehrreiche Vorträge interessant zu gestalten, jede persönliche, unerquickliche Diskussion möglichst fernzuhalten, um den Mitgliedern die Versammlungen so angenehm wie möglich zu machen. Es hat alles nichts genutzt, die Versammlungen blieben leer. Innerhalb des Vorstandes ist nun beschlossen worden, nochmals einen neuen Versuch zu machen, den Versammlungsbesuch zu heben, und zwar durch die Einrichtung von Bezirksmitgliederversammlungen. Der Bezirk unserer Filiale ist ein ziemlich ausgedehnter und infolgedessen haben allerdings manche Mitglieder einen ziemlich weiten Weg zum Vereinslokal. Dieser Umstand ist uns auch von verschiedenen Mitgliedern entgegengehalten worden. Sie erklärten, daß sie häufiger zu Versammlungen kommen würden, wenn es nicht gar so weit wäre. Dieser Grund soll nun in Zukunft ausgemerzt werden. Wir wollen es den Mitgliedern so bequem wie möglich machen, es soll sich keiner mehr darüber beklagen, daß ihm der Weg zu weit sei und daß er deshalb nicht zur Versammlung kommen könne. Um dieses zu erreichen, werden von nun an die Mitgliederversammlungen in die einzelnen Bezirke verlegt werden. Bei Beginn eines jeden Quartals wird im Vereinslokal die ordentliche Generalversammlung und nach Bedarf die außerordentliche Generalversammlung der Filiale stattfinden. In diesen Versammlungen wird dann das Geschäftliche erledigt, der Kassenbericht entgegengenommen, die Vorstandswahlen betätigt usw. Die Mitgliederversammlungen, die der eigentlichen Aufklärungs- und Belehrungsarbeit dienen sollen, sollen in den einzelnen Bezirken, deren 5 gebildet sind, abgehalten werden. Und zwar soll in jedem Bezirk pro Quartal mindestens eine Versammlung mit einem belehrenden Vortrag stattfinden. Es ist eine große Mehrarbeit, die die Verwaltung sich damit aufgehalst hat. Wir werden aber diese Mehrarbeit gern leisten im Interesse der Sache, hoffen aber auch, daß man unsere Arbeit durch einen regen Besuch der Bezirksversammlungen lohnen wird. Am Montag, den 16. November, soll mit dieser Neueinrichtung der Anfang gemacht werden, indem im Ostbezirk im Lokal des Herrn Krauß, Vereinsstraße, die erste dieser Versammlungen stattfinden wird. Kollege Reimes wird über: „Formen und Ziele der modernen Arbeiterbewegung" sprechen. Indem wir zu recht regem Besuch dieser sowie aller übrigen Bezirksversammlungen hiermit einladen, geben wir uns nochmals der Hoffnung hin, daß nunmehr infolge unseres Entgegenkommens den Wünschen der Mitglieder gegenüber auch dafür gesorgt wird, daß wir in Zukunft keine Ursache mehr haben werden, über schlechten Versammlungsbesuch uns zu beklagen. Das Interesse des einzelnen wie auch der Gesamtorganisation kann dadurch nur gefördert werden. Die Filialverwaltung.

Lobberich. Da wir infolge Lokalmangels schon ein paar Jahre keine Mitgliederversammlung abhalten konnten, so sah sich der Vorstand veranlaßt, einmal eine solche auf Mittwoch, den 18. November (Bußtag), nachmittags 4 Uhr, nach Dülken-Bollen — vormals Brinkmann — einzuberufen. Kollegen, der Vorstand verwaltet nun schon ein paar Jahre die Geschäfte des Verbandes, ohne Euch Rechenschaft ablegen zu können. Jetzt, da er das tun will, bittet er die Kollegen, sich auch zahlreich an der Versammlung zu beteiligen, um so zu beweisen, daß die Mitglieder auch mehr Interesse am Verband haben als bloß zu zahlen. Darum, Kollegen, kommt, um mitzuraten und zu taten! Der Gauleiter Reimes wird auch anwesend sein. Hinsichtlich der Tagesordnung siehe Handzettel.

Mittweida. Die hiesige Filiale hielt am Sonnabend, den 7. November, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Rosengarten" ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte Kollege Hugo Seyfert über: „Die gegenwärtige Lage der Lohnarbeiter". Seine sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Eine kurze Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Auf Antrag des Geschäftsführers beschloß man ferner einstimmig, die Mitglieder Curt Seidel, Fritz Seifert und Alfred Richter laut § 4 Absatz a aus dem Verbande auszuschließen. Bei der Wahl eines Unterkassierers wurde Kollege Lorenz mit Stimmenmehrheit gewählt. Nachdem man noch ganz besonders auf die nächste Generalversammlung hingewiesen hatte, erfolgte der Schluß der leider schwach besuchten Versammlung.

Mülhausen i. Els. In diesem Jahre finden keine Mitgliederversammlungen mehr statt, also auch in diesem Monat nicht.

M.-Gladbach. (Erklärung.) Es wird das Gerücht kolportiert, der Unterzeichnete habe gemeinsam mit dem Kollegen Panhuis zum Zwecke der Unterhandlung in Sachen der Zweistuhlfrage bei der Firma Achter und Ebels vorgesprochen und dabei Artikel der Firma als „Zweistuhlarbeit" bezeichnet. Das ist unwahr. Wahr ist, daß wir nach vorher von einem der Herren Firmeninhaber unter Angabe des Zweckes eingeholter Erlaubnis in der Fabrik waren, um die für das Zweistuhlsystem nach den Absichten der Unternehmer in Frage kommende Ware kennen zu lernen. Irgendeine Erklärung abzugeben, daß die fraglichen Artikel Zweistuhlarbeit seien, hatten wir weder Bedürfnis, noch lag dazu die geringste Veranlassung vor. H. Jäckel.

Neudamm. Unsere Monatsversammlung, welche Mittwoch, den 18. November, abends 8 Uhr, stattfinden sollte, findet schon nachmittags 4 Uhr statt. Der Vorstand.

Rheine. Durch Verschmelzung der Bücherbestände der hier am Orte bestehenden Gewerkschaften hat das hiesige Gewerkschaftskartell eine Zentralbibliothek errichtet. Das Gewerkschaftskartell wird weder Mühe noch Kosten scheuen, um allen Anforderungen, die man billigerweise an eine Arbeiterbibliothek stellen kann, gerecht zu werden, soweit dies die vorhandenen Mittel gestatten. Die Bibliothek befindet sich in unserem Bureau, Hohe Luft 13, und ist geöffnet jeden Sonntag von 10—12 Uhr. Kollegen und Kolleginnen! Unterstützt das Unternehmen des Kartells durch fleißige Entnahme von Büchern. Je mehr Wissen wir uns aneignen, um so leichter wird uns der Kampf gegen Unverstand und Dummheit, denn: Wissen ist Macht! Die Bibliothekverwaltung.

Rheydt. Ein „tüchtiger Meister" scheint ein gewisser Benedikt Holz in der Färberei Struch zu sein. Es kommt in diesem Betriebe vor, daß die Arbeiter wegen Mangel an Arbeit öfters einen Tag aussetzen müssen. Kommt dann wieder ein kleiner Auftrag, der schnell erledigt werden muß, so sollen die Leute des Nachts arbeiten. Dies lehnen die Arbeiter ab. Holz bringt es aber fertig, zwei Nächte in einer Lohnperiode durchzuarbeiten, während andere Arbeiter nur fünf Tage arbeiten. Hört man solche „Meister" aber sprechen, so halten sie es mit den Arbeitern bis zum äußersten. Es wäre viel besser, solche Leute würden ihre Solidarität mit den Mitarbeitern mehr durch die Tat als durch Worte bekunden.

Rheydt. Bei der Firma Manntz ist es in letzter Zeit Sitte geworden, dem Weber, der einen Fehler im Stück hatte, einfach den fehlerhaften Lappen abzureißen — auf seine Kosten. Die Praktiken der Hochkonjunktur von seiten der Webfabrikanten rächen sich jetzt, und die Weber sollen nun den Schaden tragen. In der Hochkonjunktur war der Kaufmann froh, wenn er nur die beim Webfabrikanten bestellte Ware bekam und über kleinere Fehler wurde da schon hinweggesehen. Heute, beim Tiefstand der Konjunktur, sind die Kaufleute Hahn im Korbe; sie können jetzt Bedingungen stellen über Lieferungsfristen und Qualität der Waren. Heute verlangt der Kaufmann für billiges Geld gute Ware, und die Folge ist die, daß an die Weber die Anforderung gestellt wird, aus schlechtem Material gute, fehlerfreie Ware zu machen. Wir verweisen die dortigen Weber darauf, daß die Firma verpflichtet ist, den Lohn in deutscher Währung auszuzahlen; Aufrechnungen in irgendwelcher Beziehung brauchen sich die Arbeiter nicht gefallen zu lassen. Die Firma will aber vermutlich auf diese Weise sich schadlos halten und rechnet darauf, daß die Leute jetzt, bei dem Tiefstande der Konjunktur, nicht können wie sie wollen. Daß sich dies in späterer Zeit aber doch einmal an der Firma rächen könnte, bleibt in solchen Momenten unbeachtet.

Wüstewaltersdorf. Am 3. November tagte hier im Lockerschen Saale die erste Textilarbeiterversammlung, welche von etwa 150 Personen besucht war. Kollege Rössel, der 2. Vorsitzende des Verbandes Deutscher Textilarbeiter, Berlin, sprach über das Thema: „Wie kann die Notlage der Textilarbeiter am wirksamsten bekämpft werden?" Redner schilderte in ausführlicher Weise die Ursachen des schlechten Geschäftsganges in der Textilindustrie, die

Notlage, in welche infolgedessen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen geraten sind und zeigte, daß nur durch eine alle Arbeiter umfassende starke Organisation die Folgen der Krisis, die fast immer in schlechter Behandlung der Arbeiter und Lohnkürzungen bestehen, ganz bedeutend abgeändert werden können. Ferner erklärte Redner, daß das durch siegreiche Lohnkämpfe Erkämpfte, was in jeder Beziehung nur allein der Organisation zu danken sei, von den Nichtorganisierten gleichgültig angenommen werde, d. h. ohne daß sie sich bemühten, der Organisation deswegen gerecht zu werden. Strebende Textilarbeiter sollten sich einen derartigen Vorwurf nicht mehr machen lassen brauchen, sondern der Organisation beitreten. Dieser Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit reichem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden mehrere Kollegen in den Verband aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen ganz im Sinne des Referenten aus. Der Amtsvorsteher von Wüstewaltersdorf scheint das neue Vereinsgesetz noch nicht genau zu kennen, denn er sandte zwei Beamte zur Ueberwachung in die Versammlung. Die Beamten wurden natürlich belehrt, daß sie in der Versammlung keine amtliche Funktion zu erfüllen hätten. Es ist auch anzunehmen, daß der Amtsvorsteher deshalb für Ueberwachung gesorgt hat, weil in diesem Lokale stets die patriotischen Vereine ihre Versammlungen abhalten, wie Reichsverband, Kriegerverein, Männer- und Jünglingsverein und dergleichen. Möge es sich jeder zielbewußte Textilarbeiter zur Aufgabe machen, nur allein im Lockerschen Gasthause zu verkehren.

Briefkasten.

A. C. Wenn ein Kollege aussetzen muß, so bekommt er Unterstützung, falls das Aussetzen länger als 1 Woche dauert. Dauert das Aussetzen länger als eine Woche, dann werden gleichfalls nur drei Tage als Karenzzeit gerechnet. Die Unterstützung wird demnach vom vierten Tage des Aussetzens ausgezahlt.

Kroischwald, Reichenau. 1. Für jeden einzelnen Fall der Arbeitslosigkeit ist eine besondere Kontrollkarte auszustellen. Wenn also ein Kollege drei Wochen ausgesetzt hat und dann, nachdem er einige Wochen wieder in Arbeit war, aufs neue auszusetzen gezwungen ist, so bekommt er bei dem zweiten Aussetzen eine neue Kontrollkarte. 2. Wenn ein Kollege vier Tage aussetzen muß, dann wieder arbeitet und dann aufs neue auszusetzen genötigt ist, dürfen die ersten vier Tage des Aussetzens beim zweiten Male nicht mit angerechnet werden.

Berichtigung.

In dem Artikel „Zur Frage des Zweistuhlsystems in der rheinischen Tuch- und Buckskinbranche" in voriger Nummer muß es auf Seite 360 in Zeile 56 statt „4—6schöisig" „4—6schäftig", in den Zeilen 87 und 88 statt „Der Stücklohn kam nicht selten" usw.: „Der Stücklohn kann nicht fallen mit der steigenden Zahl der Webstühle" heißen.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsabschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

* * *

Die Adresse des Holländischen „Textilarbeiter" ist jetzt: Monistenstraat 1, Enschedé.

Der Zentralvorstand.

Ortsverwaltungen.

Bautzen. Kassierer ist Rich. Wehse, Fischergasse 23 II. Reiseunterstützung wird von 7 bis 8 Uhr abends, alle übrigen Unterstützungen nur Sonntagsvormittags von 10 bis 11 Uhr vom Kassierer ausgezahlt. Alle Korrespondenzen sind an den Vorsitzenden Aug. Steldt, Fischergasse 13, zu richten. Auch befindet sich dort die Kontrollstelle für Arbeitslose.

Die Ortsverwaltung.

Berlin. Der Spinnereiarbeiter Otto Briese hat in Niederschöneweide bei Berlin durch Vorspiegelung falscher Tatsachen sich von den Kollegen Unterstützung erschwindelt; es werden deshalb die Kollegen vor ihm gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Eibenstock. Um Unregelmäßigkeiten bei Abholung von Unterstützungen jeder Art zu vermeiden, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung nur Sonnabends von 12 bis 1 Uhr erfolgen kann. H. Arnold, Karlsbader Straße 18.

NB. Arbeitslose haben sich täglich vormittags von 9—10 oder nachmittags von 4—5 Uhr beim Unterzeichneten zur Kontrolle zu melden. D. O.

Ebingen. Der Arbeitsnachweis unserer Filiale befindet sich beim Vorsitzenden Ernst Winkler, Kappellstr. 104. Die Vertrauensleute am Orte werden höflichst ersucht, jede Arbeitsgelegenheit der ihnen unterstellten Betriebe unverzüglich dort täglich abends von 6—8 Uhr zu melden. Die Ortsverwaltung.

Erfurt. Lokalgeschenk wird hier nicht mehr gezahlt.

Die Ortsverwaltung.

Lambrecht. Der Arbeitsnachweis sowie die Kontrollstelle für Arbeitslose befindet sich bei Heinr. Kimmel, Kassierer, Würgenstr. 14. Der Arbeitsnachweis ist jeden Abend von 7 bis 8½ Uhr geöffnet. Die Ortsverwaltung.

Filiale Lörrach und Umgebung. Geschäftsstelle Lörrach, Badstraße 9. Geschäftsstunden von 9—1 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr abends. Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nur Samstags von 9—1 und von 3—5 Uhr nachmittags, Sonntags bleibt das Bureau geschlossen.

NB. Allen auf der Reise befindlichen Kollegen sei mitgeteilt, daß als Herberge von jetzt an nur das Lokal „Zur Palme", Palmstraße, in Frage kommt. Die durchreisenden Kollegen mögen das streng beachten. **Adolf Kieslich**, Geschäftsführer.

Mülhausen i. Els. Diejenige Ortsverwaltung, welche den Aufenthalt des Kollegen Franz Rimpler, geboren am 31. März 1878, eingetreten in dem Verband am 11. November 1905 in Zwickau in Oesterreich, anzugeben weiß, ersuchen wir, dies sofort an die Filiale Mülhausen gelangen zu lassen. Gleichzeitig möchte er sein Mitgliedsbuch an die Adresse Herm. Vogel, Lavoisierstraße 1, einsenden. Die Ortsverwaltung.

Neudamm. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jedes erkrankte Mitglied von seiner Erkrankung innerhalb 48 Stunden dem Vorsitzenden, Julius Leese, Mitteilung zu machen hat. Krankengeld wird jeden Freitagsabend von 7 Uhr an beim Kassierer Karl Lehmann, Fabrikstraße 17, ausgezahlt. Arbeitslose haben ihre Arbeitslosigkeit innerhalb 24 Stunden ebenfalls bei Julius Leese, Bahnhofstraße 4, zu melden. Arbeitslosenunterstützung wird auch beim Kassierer Karl Lehmann jeden Freitagabend ausgezahlt. Das Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden. Kranke müssen auch eine Bescheinigung ihrer Krankheit vorweisen. **Die Ortsverwaltung.**

Roth bei Nürnberg. Der Arbeitsnachweis befindet sich in den Händen des Kollegen Michael Rühl in Roth-Kauernhofen, Hsn. 16. Die arbeitsuchenden Kollegen werden ersucht, sich an denselben zu wenden und nicht mehr in den Betrieben wegen Arbeit nachzufragen.

Die Ortsverwaltung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Chemnitz. Berta, Alma Rottluff aus Ebersbach, Weberin, 29 Jahre alt — Gehirnschlag.
Forst i. L. Marta Mahling, 32 Jahre alt — Selbstentleibung.
Großenhain. Max Zeiske, 23 Jahre alt — Selbstentleibung.
Grünberg i. Schl. Robert Fickenwirth, 65 Jahre alt — Gehirnschlag.
Hohenstein-Ernstthal. Oskar Barthold, Wirker, 40 Jahre alt — Leberleiden.
Lambrecht. Elise Groell, 51 Jahre alt — Schlaganfall.
Limbach. Chr. Otto Posern aus Pleißa, 46 Jahre alt — Schlaganfall.
Luckenwalde. Am 6. November Georg Beuge, Walkereiarbeiter, 24 Jahre alt — Lymphdrüsengeschwülste.
Reichenbach i. Schl. Ida Breuer, 27 Jahre alt — Proletarierkrankheit.
Reichenbach i. V. Franz Pilz, Weber, 69 Jahre alt — Allgemeine Schwäche.
Reichenbrand. Ernst Emil Arnold aus Rabenstein, 69 Jahre alt — Wassersucht.
Ronsdorf. Am 8. November Max Sohn, 31 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
Schwarzenbach a. S. Christian Rost, 42 Jahre alt — Magengeschwür.
Thalheim. Max Günther, 41 Jahre alt — Selbstentleibung.
Werdau. Oswald Paul Friedrich, 18 Jahre alt.
Zeitz. Am 5. November Karl Domnick, Weber, 47 Jahre alt — Nervenkrankheit.
Zeulenroda. Otto Merkel, 48 Jahre alt — Rippenfellentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Apolda. Sonnabend, 21. November, im Gewerkschaftshaus „Vorwärts".
Augsburg. Sonnabend (Samstag), 21. November, im „Wittelsbacher Hof".
Augsburg-Hochzoll. Sonntag, 22. November, im „Restaurant Hochzoll".
Berga. Sonnabend, 21. November, abends 8½ Uhr, im „Zollhaus".
Berlin. Zentralzahlstelle: Jeden Donnerstag, abends von 7 bis 10 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17: **Zahltag.**
Berlin. Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwach, Stralauer Allee 20a: **Zahltag.**
Berlin. Zahlstelle: Rüdersdorferstr. 18, bei Bittner.
Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Bie, Alte Jakobstr. 119: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Moßler, Landsbergerstraße 115: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Mittwoch, 18. November, abends 6 Uhr, im „Dresdner Garten", Dresdner Straße 45, Versammlung und **Gemütliches Beisammensein.**
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitagabend von 8—10 Uhr bei Engel, Seydelstr. 30: **Zahltag.**
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Z. Stackowiack, Marchstr. 23: **Zahltag.**
Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gotzkowskystr. 24, bei Keil.
Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: **Zahltag.**
Bernau. Sonnabend, 21. November, abends 8½ Uhr, im „Schützenhaus".
Blumenau. Sonnabend, 21. November, abends 8 Uhr, bei Beier, „Am Bahnhof".
Eilenburg. Freitag, 20. November, im Gewerkschaftshaus „Tivoli".
Elberfeld. Sonnabend (Samstag), 21. November, abends 8½ Uhr, im „Volkshaus".
Erlangen. Sonntag, 22. November, nachmittags 3 Uhr, in Markt Bruell bei Häfner.
Eschwege. Sonnabend, 21. November, bei Zeusch, „Stadt Kassel".
Finsterwalde. Sonnabend, 21. November.
Frankenberg. Sonnabend, 21. November, abends 9 Uhr, im „Stadtpark".
Füssen. Jeden Sonntag, vormittag 10 Uhr, im „Lamm": **Zahltag.**
Glauchau. Sonnabend, 21. November, abends 9 Uhr, in der „Zentralhalle".
Gößnitz. Sonnabend, 21. November, abends 8¼ Uhr, im „Deutschen Haus".
Liegnitz. Sonnabend, 21. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Hinterbleiche.
Mühlhausen i. Th. (Branchenversammlung der Färberei- und Appreturarbeiter.) Sonnabend, 21. November, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof".
Neudamm. Mittwoch, 18. November, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof".
Neumünster. Sonnabend, 21. November, abends 8½ Uhr, im „Elysium".
Niederschöneweide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Straße 5: **Zahltag.**
Oederan. Sonntag, 15. November, abends 8 Uhr, in der „Erholung": **Zahltag.**
Pößneck. Freitag, 20. November, im „Wintergarten".
Reichenau. Donnerstag, 19. November, abends 8½ Uhr, bei Simon.
Sagan. Sonntag, 15. November, nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum Deutschen Reich".

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Crefeld.

Am **Montag, den 16. November, abends 8½ Uhr,** findet für den Ostbezirk im Lokale des Herrn **Krauß, Vereinsstr. 117,** eine

Bezirks-Mitgliederversammlung

statt. — Die Tagesordnung lautet:

1. Vortrag über das Thema: **„Formen und Ziele der modernen Arbeiterbewegung."** Referent: Kollege W. Reimes.
2. Freie Aussprache. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Mitglieder des Ostbezirks werden dringend ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Filiale Glauchau.

Sonntag, den 22. November, abends 8 Uhr, im **„Lindenhof"**

Theaterabend.

Zur Aufführung gelangt:

Der Streikführer.

Volksstück in 4 Akten von Karl Borck.

Hierzu laden wir die Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst ein. — Eintrittskarten à 30 Pf. sind beim Vorstand und sämtlichen Austrägern zu haben. An der Kasse 40 Pf. **Der Vorstand.**

Zur Vermählung!

Unserm Kollegen Robert Jörges nebst Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Gütersloh.

Im Namen des Königs!

In der Privatklagesache des Gewerkschaftsbeamten **Albin Reichelt** in Chemnitz, Privatklägers, gegen den Redakteur **Hans Eugen Säuberlich** in Chemnitz, Weststraße 36, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das Königliche Schöffengericht zu Chemnitz in der Sitzung vom 6. Oktober 1908 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Hans Eugen Säuberlich wird wegen **öffentlicher Beleidigung** des Gewerkschaftsbeamten Albin Reichelt zu **50 Mark** im Unvermögensfalle zu **5 Tagen Gefängnis** sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und Erstattung der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Der verfügende Teil dieses Urteils soll auf Kosten des Angeklagten je einmal in den Zeitschriften „Der Wirkwarenmarkt" und „Der Textilarbeiter" bekanntgemacht werden, wenn der Beleidigte dies binnen zwei Wochen von Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn ab beim Gerichte beantragt.

Von dem in Nr. 12 des „Wirkwarenmarkts" vom 15. Juni 1908 erschienenen Artikel „Das Ende des erzgebirgischen Wirkerstreiks in Sicht" sollen der Absatz 3, der mit den Worten beginnt: „Ein Arbeiterverband . . . . ." und der mit den Worten endigt: „maßvoll entgegentritt", und der Teil der Platten und Formen, auf denen sich dieser Absatz befindet, unbrauchbar gemacht werden.

LONDON.

Bei **Konfektion** und Grossisten gut eingeführter Agent sucht Vertretung leistungsfähiger Fabrik von **Stockinet-Stoffen.** Beste Referenzen. — Offerten sub **7523, Reynolds Annoncen-Expedition, 14 Queen Victoria Str., London.**

Fundgrube für Bücherfreunde!

Wer sich **gute** und **schöne Literatur** um **spottbilliges Geld** (meist **um ein Drittel und die Hälfte des früheren Ladenwertes** herabgesetzt) **aneignen** will, wende sich an

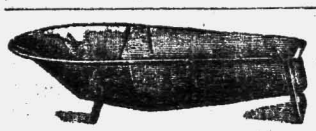
Fr. L. Mayers Buchhandlung und Antiquariat, Lörrach i. Ba.
(Günstigste Gelegenheit zu passenden Weihnachtsgeschenken.)

Für alle Parteigenossen und Arbeitervereine, für Händler und Private!

Die solideste und billigste Bezugsquelle für

Glas-Christbaumschmuck

ist unstreitig die **Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes.** Viele Anerkennungsschreiben im vorigen Jahre! Sortimentskisten I a in reichhaltigster Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend: 6 Vögel, 6 Glocken, 6 Geigen und Guitarren, 3 Kugeln mit Landschaften und 3 Eier (feine Handmalerei), 1 Zeppelin-Luftschiff, 1 Luftballon, 7 Oliven, 6 Tannenzapfen, 3 Weihnachtsmänner, 12 Wallnüsse, 6 Reflexe, 21 verschiedene versilberte, besponnene Schneekugeln, 24 große Eiszapfen, eine prachtvolle Baumspitze mit Lyra und 2 Edelweißreflexen (28 cm hoch), 1 großer Engel mit beweglichen Glasflügeln, 100 Stück versilberte, 24 mm große Kranzperlen, in Summa 205 Stück nur größere und aufs feinste ausgeführte Brillant-Glassachen, sowie ferner 2 Pakete Engelshaar, 2 Dtz. Konfekthalter, 1 Dtz. Lichthalter, alles zusammen für 5,00 Mk. franko gegen Nachnahme. Doppelkisten 9,40 Mk. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bezw. 30 Pf. billiger. 10 Sortimentskisten in Bahnsendung inkl. Bahnkiste 46,50 Mk. franko. Bei größeren Bezügen in Bahnkisten verlange man Offerte. Bestellungen bitten wir nur zu richten an: **Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes, E. G. m. b. H. in Steinach Sa. M.**



Bade daheim!

Sie können sich und Ihrer Familie keine größere Wohltat erweisen, als ein öfteres Baden. Meine Wanne, System Brandes, ist unerreicht wassersparend für Kinder und Erwachsene. Bis 175 cm Körpergröße Mk. 23,—, Ia Qualität, 15 000 im Gebrauch, tausende Anerkennungen. Fracht, Verpackung gratis. Garantie Zurücknahme. Prospekte auch über billigere, sowie Sitz- und Wäschewannen 2c. frei. Es genügt eine Postkarte an

Otto Bunde, Leuben b. Dresden.

Arbeitsmarkt

(Preis pro Zeile 50 Pf. Unter Chiffre wird kein Arbeitergesuch aufgenommen, außer wenn die Offerten durch die Expedition dem Aufgeber übermittelt werden sollen. — Garantie für Aufnahme wird nicht geleistet.)

Herr ges. z. Verk. v. **Zigarr.** a. Private, Wirte 2c. Vergüt. ev. 250 Mk. mon.
H. Jürgensen & Co., Hamburg 22.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 14 November.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.